

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 159.

Donnerstag, den 10. Juli 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die neuen Steuern.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. A. S u d e t u m.

VI.

### Stempelsteuern und Zuckerversteuerung.

Gleich die Erweiterung der Reichskompetenz und die Einschränkung der Steuerfreiheit der Einzelstaaten bei der Besitzsteuer gegen den Willen wenn nicht aller, so doch wenigstens einiger jetzt noch nicht ganz beruhigter Regierungen, so ging bei der Erhöhung der S t e m p e l s t e u e r n schon die ursprüngliche Vorlage von der Absicht einer Vereinfachung des bisherigen Verfahrens aus. Da, so hieß es dem Sinne nach in der Begründung, die Bildung des Gesellschaftskapitals und seine Erhöhung bei der Kapitalassoziation in der Form von Aktiengesellschaften und der dieser Form verwandten Gesellschaften sowie bei den gewerkschaftlich (durch Gewerke) betriebenen Bergwerken bisher schon durch Reichsstempel getroffen wurden, Gesellschaftsbildungen in erweitertem Umfang auch nach den Stempelgesetzen verschiedener Einzelstaaten herangezogen werden, so haben sich in der Praxis mannigfache Mißstände ergeben: trotz der einheitlichen reichsgesetzlichen Besteuerung der stempelpflichtigen Gesellschaften ergibt sich, da die Landessteuergesetze erheblich untereinander abweichen, eine ganz ungleiche Belastung; „dies erschwert es dem Reiche, solche Gesellschaften in einer seinen Bedürfnissen entsprechenden, zugleich aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigenden Weise angemessen heranzuziehen. Es erscheint hiernach erwünscht, diesen Gegenstand der Besteuerung künftig unter Ausschluß von Landesstempeln dem Reiche ausschließlich vorzubehalten.“ War man nun erst einmal soweit, den Bundesstaaten die Besteuerung der Gesellschaftsverträge über Errichtung und Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften und damit den weitest aus wichtigsten Teil dieses Besteuerungsgegenstandes zu nehmen, so ergab sich als eine der in der Politik mit Recht so beliebten Konsequenzen, daß „es sich empfiehlt, die Besteuerung auch der übrigen Gesellschaftsverträge auf das Reich zu übernehmen.“ Also wurde, wie man sich drastisch auszudrücken pflegt, in einem Aufwaschen die Besteuerung durch das Reich auch auf die Gesellschaftsverträge der Gesellschaften mit beschränkter Haftung — die tatsächlich in immer steigendem Maße an die Stelle von Aktiengesellschaften treten — ausgedehnt. Man ging so in die Breite; warum sollte man nicht gleich auch ein wenig in die Tiefe bohren? Mit künstlicher Unbefangenheit sagt die Begründung: „Die Uebernahme des Landesstempels auf das Reich läßt es d a h e r (daher!) gerechtfertigt erscheinen, bei diesem Anlaß für die künftige Besteuerung noch über die Höhe des Stempels hinauszugehen, der z. B. in Preußen bisher von diesen Gesellschaften erhoben worden ist.“

Kühner noch als diese „Begründung“, die doch im Grunde genommen auf die einfache Formel zusammenschürzt: „Bei der Begründung und Kapitalserhöhung von Aktiengesellschaften ist Geld vorhanden, also nehmen wir etwas davon weg“, ist die Motivierung der vorgeschlagenen und leider auch Gesetz gewordenen Stempel auf Versicherungsurkunden, Versicherungsstempel wurden bisher in Deutschland schon in einzelnen Staaten erhoben; da sie verschieden bemessen waren, die Versicherungsgesellschaften aber ihren Geschäftskreis über mehrere oder viele Einzelstaaten auszudehnen suchen mußten, so ergaben sich da manche unleugbare Unzuträglichkeiten. Bei der immer wachsenden Bedeutung der Versicherung in unserem modernen Leben und bei der offensichtlichen Notwendigkeit, die Kräfte weit gezogener Kreise zu bestimmten Zwecken der Lebensversicherung und der gegenseitigen Hilfe bei allen möglichen Zufälligkeiten des Lebens organisatorisch zusammenzufassen, wäre es eine wirklich staatsmännische Tat gewesen, durch Reichsgesetz die einzelstaatlichen Stempel ganz aufzuheben; höchstens ließe sich eine geringe Gebühr für obrigkeitliche Prüfung und Ueberwachung des Versicherungsgeschäftes vielleicht rechtfertigen, solange die Versicherung selbst (abgesehen von der staatlichen Zwangsversicherung) noch einen wesentlich privatwirtschaftlichen Charakter trägt. Der Fiskus ist aber nie staatsmännisch. Er sieht blühende Geschäfte vor sich, herausgehoben aus einer inneren Notwendigkeit unseres gesellschaftlichen Lebens, und greift zu, um Geld aus ihnen zu pressen, wobei ihm die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Dinge mindestens recht gleichgültig ist. Um das Ganze dann schmachhaft zu machen, werden die vorher erwähnten Mißstände, die sich aus der steuerlichen Kleinstaaterei ergeben haben, mit großen Worten in den Vordergrund geschoben und die bedenklichen Folgen einer materiellen Belastung notwendiger Geschäfte durch den Hinweis auf gewisse formale Verbesserungen verdeckt. — „Der Gesekentwurf sieht

für das ganze Reichsgebiet und für das ganze Versicherungswesen eine einheitliche Ordnung vor, indem weder allgemein einzelstaatliche Stempelabgaben zugelassen, noch auch nur der einzelstaatlichen Gesetzgebung für diejenigen Versicherungszweige Raum bleibt, die vom Reichsgesetz mit einer Abgabe nicht belegt sind.“ Vereinheitlichung der Stempel, das wurde zum Schlagwort der Regierungsvorlage, einem Schlagwort, dem man dann halblaut den kleinen Satz anfügte: „Nicht ohne daß durch mäßige Erhöhung der Belastung zugleich eine steuerliche Belastung der in diesen Versicherungen enthaltenen Kapitalbildung angestrebt worden wäre.“

Nicht alles, was die Regierungen auf dem Gebiete der Stempelsteuern durchzudrücken versuchten, ist Gesetz geworden; aber die Belastung ist namentlich bei den Versicherungen doch sehr erheblich. Ihr steht auch nicht die geringste innere Begründung zur Seite, nur jene Wortemacherei, die wir im vorstehenden geschildert haben. Bei der Erhöhung der Stempel auf kapitalistische Gesellschaften kann man vielleicht noch sagen, der Stempel sei ein gewisser Ausgleich dafür, daß eine Aktiengesellschaft, die wenigstens theoretisch ewig lebt, niemals zu Erbschaftssteuern und dergleichen Abgaben herangezogen werden kann. Grundstückspekulanten haben in der letzten Zeit vielfach Gesellschaftsformen dazu benützt, um Wertzuwachssteuern und ähnliche Belastungen zu entgehen; wenn damit die Erhöhung der Stempel auf Grundstücksgesellschaften schmachhaft gemacht werden soll, so lehnen wir das Gericht zwar dennoch ab, können indessen zugestehen, daß das einer Begründung doch wenigstens von weitem ähnlich sieht. Aber bei den Stempeln auf Feuerversicherungen, Lebensversicherungen, Versicherungen gegen Einbruchsdiebstahl und Fenster Scheibenzerschlagung selbst ein solcher Anschein innerer Berechtigung der Steuer.

Die Stempelsteuern haben sich nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Lesung im Wesentlichen wie folgt gestaltet: Der Beurkundungsstempel für Errichtungen oder Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften beträgt künftig  $4\frac{1}{2}\%$  des Gründungs- oder Erhöhungskapitals, also bei einer Aktiengesellschaft mit 1 Million Kapital (oder Kapitalerhöhung) 45 000 Mk.; der Stempel von Gesellschaften mit beschränkter Haftung beträgt für Gründung oder Kapitalerhöhung 3%; wenn sich die Gesellschaft mit dem Grundstückshandel beschäftigt, 5%. Um zu verhindern, daß auch solche Bauvereine, die vielleicht aus Zweckmäßigkeitsgründen die Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung annehmen, von diesem sehr hohen Stempelsatz getroffen und in ihren Zwecken behindert werden, soll der Stempel für Handwerkerbaugesellschaften nur  $2\frac{1}{2}\%$  betragen. Daß nicht noch weitere Ermäßigungen für bestimmte Fälle der Wohnungsbelegung durch gemeinnützige Gesellschaften erreicht worden sind, ist sehr zu beklagen. Was die Stempel auf Versicherungsurkunden anlangt, so hatte die Regierung vorgeschlagen, bei Feuerversicherungen für bewegliche Gegenstände 25 Pfg. von je 1000 Mark der Versicherungssumme jährlich zu erheben; der Reichstag hat diese Belastung etwas weniger hoch, nämlich auf 15 Pfg. angelegt; bei unbeweglichen Gegenständen beträgt der Stempel bei der Feuerversicherung 5 Pfg. pro 1000 Mark in jedem Jahr. Ein anderer Modus der Stempelberechnung ist bei der Besteuerung der Versicherungen gegen Einbruchsdiebstahl und bei der Glasversicherung vorgesehen; dort werden 10 Pfg. für jede Mark der gezahlten Prämie an Stempelsteuer erhoben. Das Verfahren ist ähnlich, die Wirkung noch schlimmer bei der Lebensversicherung, wo der Stempel  $\frac{1}{2}\%$  der gezahlten Prämie betragen soll. Unfall- und Haftpflichtversicherungen bleiben — man kann nur sagen: einstweilen noch — frei. Ferner Versicherungen unter 3000 Mark.

Nach dem Gesetz vom 15. Juli 1909, worin die, 1881 zunächst in unsere Reichsfinanzen eingeführten Stempelsteuern ihre letzte Fassung erhalten hatten, waren der Reichsstempelsteuer unterworfen: Die Ausgabe von inländischen Aktien, von Rügen, von inländischen Renten und Schuldverschreibungen, von Genußscheinen und ähnlichen Papieren. Daneben bestand der Schlußnotenstempel, die Abgabe von Lotterielosen, Abgabe von Schiffs- und Frachturkunden und von Spielkarten; dazu kam der Emissionsstempel für Kolonialgesellschaften, der berühmte Talonstempel (Stempel auf Gewinnanteilscheine und Zinsbögen) der Checkstempel, der Stempel auf Grundstücksübertragungen, sowie die Abgabe von Personenscheinen, von Erlaubnisurkunden für Kraftfahrzeuge und Lantiensteuer, sowie der Frachturkundenstempel und endlich der Wechselstempel. Man sieht also, daß wir ein wirklich reiches Bußgeld von Stempelsteuern bereits bezahen, ehe die neuen 50 Millionen Stempel eingeführt wurden. Es ist nur eine kaum ins Gewicht fallende Erleichterung, daß der Checkstempel aufgehoben wird und daß die Herabsetzung des Grundstücksstempels von jetzt  $\frac{1}{2}\%$  des Kaufpreises von Grund-

stücken auf  $\frac{1}{2}\%$  wieder einmal feierlich versprochen worden ist, und zwar zum 31. März 1916. Die Aufhebung des Checkstempels hat eine mehr indirekte Bedeutung, denn sie wird wohl verhindern, was die Postverwaltung mit allen Kräften anstrebt, nämlich eine Aufhebung der Portofreiheit für die Zahlarten im Postverkehr. Eines der wichtigsten Argumente für die Einführung der Portoverpflichtung bei diesen Postgeldzahlungskarten war der Hinweis auf die Stempelpflicht der gewöhnlichen Bankchecks, von denen jedes Formular ohne Rücksicht auf die Höhe der überwiesenen Summe nach dem Gesetz von 1909 mit einer 10 Pfennig-Stempelmarke beklebt sein mußte. Wenn der Bankcheck erst wieder stempelfrei ist, wird man schwerlich daran denken können, die Einzahlungskarte im Postverkehr etwa einer Pfenniggebühr zu unterstellen.

Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokratie die vorgeschlagenen Erhöhungen der Stempelsteuern bekämpfte und ablehnte, dagegen der Aufhebung des Checkstempels, die übrigens erst Ende 1916 in Kraft treten wird, ihre Zustimmung lieh.

Die Tragödie der Zuckersteuer wurde nach dem Willen der Regierung und den Beschlüssen der Parlamentsmehrheit wieder um einen Akt verlängert. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß unsere Reichsfinanzen von Anfang bis jetzt eine andere Gestalt gewonnen hätten, wäre nicht die Zuckerbesteuerung durch die Kombination verkehrter Maßnahmen der inneren wie der äußeren Politik geradezu ein Schulbeispiel nichtsnützigster Ausübung der Klassenherrschaft zu gunsten einer kleinen Gruppe von Interessenten gewesen. Als das deutsche Reich gegründet wurde, bestand bereits auf Grund eines Gesetzes von 1869 die Besteuerung des Zuckers in der rohen Form der Rübensteuer, also einer Rohmaterialsteuer. Solche Rohmaterialsteuern haben die Eigenart, daß ihr Ertrag mit den Fortschritten der Technik, d. h. mit wachsender Ausbeute aus dem Einheitsquantum des Rohstoffes immer mehr zurückgeht; wird die Steuer bei der Ausfuhr des Produktes zurück-erstattet, ohne daß die Verbesserung der Produktionsmethoden berücksichtigt wird, dann entsteht eine gleichmäßig stärker werdende Ausfuhrprämie. So war es in diesem Falle. Von 46 Millionen Mark im Jahre 1882 sank der Ertrag der Rübensteuer auf nicht einmal 9 Millionen Mark im Jahre 1888. Die Belastung des Konsums im Inlande blieb dabei genau die gleiche, das Ausland, namentlich England, erkreute sich dagegen eines ungemein wohlfeilen deutschen Zuckers. Natürlich war die Sozialdemokratie von 3 Jahrzehnten so gut eine Gegnerin der Konsumsteuern wie heute; man wird deshalb auch keine Empfehlung einer Zuckersteuer darin sehen, wenn wir fragen: Wäre die Zuckersteuer nicht mehr als 20 Jahre hindurch zu einer unverhältnismäßigen Begünstigung der Zuckerproduzenten und Zuckerhändler gemißbraucht worden, sondern wäre der Betrag, um den der Artikel für die Konsumenten verteuert wurde, wenigstens ganz in die Reichskasse geflossen, dann hätten wir heute 2000 Millionen Mark weniger Schulden und entsprechend weniger Zinslasten. Durch das internationale Abkommen von Brüssel (Brüsseler Konvention) im Jahre 1902 wurde die Ausfuhrprämie beseitigt, gleichzeitig wurde bei uns die Zuckersteuer herabgesetzt. Der Erfolg war ein Ansteigen der Einnahmen aus dieser Steuer auf mehr als 150 Millionen Mark in den letzten Jahren. Da ein zweites Abkommen von Brüssel im Jahre 1907 eine Schädigung der deutschen Zuckerindustrie befürchten ließ, so beschloß der Reichstag 1908 eine neue Herabsetzung der Zuckersteuer vom 1. April 1909 ab von 14 auf 10 Mark pro 100 Klg. Aber ehe noch diese Ermäßigung in Kraft treten konnte, kam die berühmte „Finanzreform“ von 1909 dazwischen, wobei der Zeitpunkt für die Herabsetzung der Zuckersteuer auf den 1. April 1914 festgelegt wurde. Das Versprechen wurde weiterhin bei Gelegenheit der Heeresvermehrung von 1912 hinausgeschoben. Und jetzt? Jetzt heißt es in § 2 des neuen Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen, daß die drei feierlichen und nicht gehaltenen Versprechen aufgehoben werden. Die Zuckersteuer bleibt in ihrer jetzigen Höhe bestehen, die in Aussicht genommene Ermäßigung fällt fort. Aufgehoben soll hier wirklich aufgehoben heißen. Wobei die kleine Anmerkung zu machen ist, daß es durchaus eine Angelegenheit der Wählerschaft ist, gerade auf diesem Gebiete Änderungen herbeizuführen: 20 Sozialdemokraten mehr hätten schon diesmal ausgereicht, die Zuckersteuer nicht etwa nur auf 10, sondern (was im wirklichen Interesse der Konsumenten dringend geboten wäre) mindestens auf die Hälfte der jetzigen Höhe herabzusetzen. Die Lehre, die daraus folgt, ist zu einfach, als daß sie noch weitläufig auseinander gesetzt zu werden brauchte.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Die Regierungsantwort auf zwei kleine Anfragen im Reichstage.

Bevor der Reichstag in die Ferien ging, fragte noch Abg. Dr. Sedlitz den Reichskanzler, ob in nächster Zeit auf das Zustandekommen der internationalen Organisation der drahtlosen Zeitsignale gerechnet werden dürfe. Nunmehr hat Staatssekretär Dr. Delbrück folgenden Bescheid gegeben: „Die unter Führung der französischen Regierung mit einigen europäischen Staaten eingeleiteten Verhandlungen über die Schaffung einer internationalen Organisation der drahtlosen Zeitsignale sind im Gange. Zurzeit läßt sich noch nicht übersehen, wann die Verhandlungen zum Abschluß gelangen werden.“

Ferner hat Abg. Mumm die Reichsregierung über den internationalen Schutz jugendlicher Arbeiter befragt. Ihm wurde folgende Antwort zuteil: „Internationale Vereinbarungen zur Durchführung eines besonderen Schutzes der Arbeiter von 16 bis 18 Jahren bestehen bisher nicht. Um einen internationalen Schutz der Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre anzubahnen, hat der Schweizer Bundesrat durch Schreiben vom 31. Januar ds. Js. eine Anzahl von Staaten zu einer Konferenz im September ds. Js. nach Bern eingeladen. Es soll auf dieser Konferenz über das Verbot der industriellen Nacharbeit jugendlicher Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre und über die Einführung eines zehnstündigen Höchstarbeitstages für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre und für Arbeiterinnen (ohne Unterschied des Alters) beraten werden. Welches Ergebnis die Verhandlungen, an denen auch Deutschland teilnehmen wird, haben werden, läßt sich noch nicht absehen.“ Des weiteren enthält die Antwort der Regierung eine Uebersicht über die in Deutschland bestehenden Gesetzesvorschriften zum Schutze der Arbeiter unter 18 Jahren.

### Der „Verschleppung“ der Wahlprüfungen

widmet die „Konservative Korrespondenz“ wieder einen längeren Artikel. Sie erhebt die Beschuldigung, daß die Erledigung der Wahlprüfungen verschleppt worden sei, weil eine Anzahl liberale Mandate für ungültig hätten erklärt werden müssen. — Es ist gewiß bedauerlich, daß die Wahlprüfungen nicht mehr erledigt wurden, auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Sebel und Haase haben seinerzeit schleunige Erledigung der Wahlprüfungen verlangt, aber die Konservativen sollten nur mit für Verschleppung sorgen. Im Liebertschen Kreise sind vor Monaten einfache Erhebungen veranlaßt, ohne daß es gelungen wäre, bisher das Ergebnis zu erlangen. Sollte da die Rücksicht auf Lieberts Mandat eine Rolle spielen?

### Die Abänderung des Militärstrafgesetzbuches.

Das furchtbare Zuchthausurteil des Erfurter Kriegsgerichts hatte auf den Reichstag einen so gewaltigen Eindruck gemacht, daß er noch in seiner letzten Sitzung vor den Ferien nahezu einmütig einem Kompromißantrage aller großen Parteien zustimmte, in dem verlangt wird, daß bei Verbrechen des militärischen Auftrags, bei Meuterei usw., in minder schweren Fällen die Mindeststrafe, die jetzt 5 Jahre Zuchthaus beträgt, bis auf 6 Monate bezw. 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann. Jetzt kommen selbst liberale Blätter zu der Ansicht, daß der Antrag wohl einen Schlag ins Wasser bedeuten wird. Das Richtige wäre gewesen, der Reichstag hätte die Aufhebung der Bestimmungen verlangt, nach welchen die zur Kontrollversammlung einberufenen Personen am Tage der Kontrollversammlungen überhaupt nicht unter den Militärstrafen stehen. Die „Post. Zig.“ bemerkt in einem Artikel über diese Materie folgendes: „Die herrschende Lehre, wonach Reservisten und Landwehrlente als „zum Dienst einberufene“ aktive Soldaten zu behandeln seien, auch wenn die Kontrollversammlung vorüber ist, ist von hervorragenden Militärjuristen nachdrücklich angefochten worden. Sie alle behaupten, die zur Kontrollversammlung einberufenen Personen seien nicht „zum Dienst“ einberufen, könnten also auch nicht, wenn der Zweck der Versammlung erfüllt ist, bis zum Ablauf des Tages als aktive Militärpersonen behandelt werden. . . . Das Rotgesetz, das der Reichstag am letzten Tage seiner Session beschlossen hat, ist an sich gut und nützlich; aber es ist nicht ausreichend. Und es würde sich, kommt nicht die Abänderung des § 36 des Reichsmilitärstrafgesetzes hinzu, wenigstens insoweit es drakonische Urteile, wie das Erfurter, verhüten soll, nur zu leicht als ein Versuch mit untauglichen Mitteln erweisen.“

Es ist bedauerlich, daß die Erkenntnis hierüber erst so spät kommt.

### Der Patriotismus unserer Agrarier.

Die kaiserhaltende Presse ist wieder einmal in der Lage, gleichzeitig drei Klagelieder über „deutsche Namensgenossen“ anzuhimmeln, die heimatische Erde um schänden Mammons willen an den polnischen Feind veräußerten. Im ersten Falle ist es ein adeliger Herr von Goebel im Kreise Lublin, der ein 5000 (!) Morgen großes Rittergut an den Polen Grundpflanz verkauft und dabei 800 000 Mark „verdient“ haben soll. — Im zweiten Falle verkaufte der Rittergutbesitzer Christoph ein 2100 Morgen großes Besitztum im Kreise Bromberg an einen Polen, im dritten Falle handelt es sich um eine Bauernwirtschaft im Kreise Posen-Ost.

Alle die Agrarier gehören sicher zu denen, die vor der „vaterlandslosen“ Sozialdemokratie einen gewaltigen Abscheu haben!

### Der Zentrumsabgeordnete Kohl

ist gestern gestorben. Er vertrat den Reichstagswahlkreis Oberpfalz 3, in dem er mit 13 740 gegen 1435 nationalliberale und 661 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden ist. Es handelt sich hier um eine jüdische Zentrumsdomäne.

### Landtagswahl in Lippe.

Die Stichwahl, die bei einer Landtagswahl der 3. Klasse in Lippe-Dehmold zwischen unserem Genossen

Kronshage und einem Liberalen stattgefunden hatte, endete mit dem Siege des Liberalen. Genosse Kronshage erhielt 1263, der Liberale, dem auch die konservativen Stimmen zuzielen, 1416 Stimmen.

### Die letzten Zudungen der Welfenpartei.

Der Vorsitzende der deutsch-hannoverschen Partei, Freiherr v. Scheele-Scheelenburg, hat an alle Reichstagsabgeordneten die Resolution der Landesversammlung vom 8. Juni gesandt, in der sich folgende kräftige Auslassungen finden:

„Der Versuch der preussischen Regierung, die hannoversche Frage zu leugnen, erinnert an den ähnlichen Versuch des großen Korjen vor hundert Jahren, unser Fürstentum wegzubekretieren. Die hannoversche Frage gibt es und wird es geben, solange unser Volk sich nicht selbst aufgibt; denn es gründet sein Streben auf das im göttlichen Gesetz offenbarte, für alle Menschen unterschiedslos gültige Recht und fordert dessen rüchhaltlose Anerkennung als Norm auch in der Politik, in der Erwägung, daß nur eine Politik des Rechts das deutsche Volk vor dem Untergange bewahren kann, zu dem eine maßlose Machtpolitik noch immer die Völker geführt hat.“

Das Königreich Hannover hat im Jahre 1866 Preußen keinen stichhaltigen Grund zum Krieg gegeben. Darum war der Krieg ein Unrecht, wie sein Ergebnis, die Annexion. Darum fordern die Deutsch-Hannoveraner:

Die Wiederherstellung des Königreichs Hannover. Sie müssen das — unbeirrt durch stetig wechselnde Meinungen und Zeitströmungen — fordern als Befenner göttlichen Rechts, das sie zwingt zum Protest gegen jedes Unrecht; als Deutsche, die das Deutsche Reich zu einem Hort und Heim für alle deutschen Völker machen wollen; als königstreue Hannoveraner, die ihrem Königshause auch im Unglück deutsche Treue halten; als freiheitsstolze Niedersachsen, die nicht geringeren Rechts sein wollen, sondern für sich und ihr Land gleiches Recht mit anderen deutschen Stämmen fordern.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bemerkt hierzu: „Gegenüber der Aufwiegelung, wie sie hier von einem unentwegten Prästendentum getrieben wird, muß aufs neue die Forderung wiederholt werden, daß an eine Aufhebung der bekannten Bundesratsbeschlüsse und an eine Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig solange nicht gedacht werden kann, bis vollgültige staatsrechtliche Garantien vorliegen, daß von seiten der früheren hannoverschen Dynastie-Ansprüche auf das ehemalige Königreich Hannover nicht mehr erhoben werden. Würde die preussische Regierung anders handeln, würde sie lediglich auf den bekannten Brief des Prinzen Ernst August hin seine Thronbesteigung in Braunschweig dulden, so würde sie sich schwer an den Interessen Preußens und an dem so notwendigen Frieden Hannovers selbst verjüngen.“

Der gegenseitige Kampf der Patrioten hüben und drüben wird recht lustig.

### Ärzte und Krankenkassen.

Bis zum 1. Januar 1914 soll der Abschluß von Verträgen zwischen Ärzten und Krankenkassen überall vollzogen sein. Wo eine Einigung nicht zustande kommt, haben die Krankenkassen den Kranken im Falle der ärztlichen Verpflegung erhöhtes Krankengeld zu zahlen. Die Ärzte rüfen nun seit langer Zeit, um unter der neuen Versicherungsordnung sich eine Position zu schaffen, die sie auf lange Zeit hinaus zu Herren der Kassen macht. Die Ärzteorganisation hat beschlossen, zum 1. Oktober sämtliche Verträge mit den Kassen zu kündigen und ein gemeinsames Vorgehen der Ärzte gegen alle Kassen in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck soll versucht werden, durch lokale Organisationen der Ärzte die Differenzen, die unter ihnen selbst bestehen, zu beseitigen. In den einzelnen Orten sollen Vereinigungen gegründet werden, die die Rechtsfähigkeit zu erwerben und dann als Vertragsschließende den Kassen gegenüber zu treten hätten. Ein Vertragsentwurf liegt auch bereits vor. Natürlich spielt in diesem Vertrage die bessere Bezahlung der Ärzte die Hauptrolle. Nach § 7 des Vertragsentwurfs sollen die Mitglieder aller Kassen, ganz gleich, ob es sich um Orts-, Betriebs-, Innungs- oder Landkrankenstellen handelt, in vier Gruppen eingeteilt werden. Zur Gruppe A sollen gehören die Mitglieder mit einem Jahreseinkommen unter 1800 Mark, einem Monatsgehalt unter 150 Mark oder einem Tagelohn unter 6 Mark. Als Honorar für diese Gruppe werden die Mindestsätze der preussischen Gebühren-Ordnung verlangt. Als Einheitsatz soll für den ersten und folgenden Besuch am Tage 1,50 Mark gelten. Zur Gruppe B sollen Kassenmitglieder, die über 6 Mark Tagelohn haben, gehören; das Honorar für diese Gruppe wird mit 50 % Zuschlag berechnet. Zur Gruppe C sollen schließlich freiwillige Mitglieder gehören, und die ärztliche Behandlung wird mit 100 % Zuschlag berechnet werden. Endlich sollen alle diejenigen, die, ohne versicherungspflichtig zu sein, eine Kasse betreten, in der vierten Gruppe rangieren und diese Mitglieder würden überhaupt keine ärztliche Hilfe auf Kosten der Kasse erhalten. Nach dem Vertrag sollen die Krankenkassen das Krankengeld entsprechend erhöhen; die Ärzte aber würden sich von solchen Kranken die Honorare bezahlen lassen, die sie bei privaten Patienten fordern. Vermutlich wird gerade dieser Paragraph zu den heftigsten Kämpfen zwischen Ärzten und Krankenkassen führen. Die Kassen sind bisher nicht müßig geblieben; auch sie werden versuchen, sich zusammenzuschließen, um Forderungen entgegenzutreten, die eine außerordentliche Belastung der Mitglieder oder den Ruin der Kassen bedeuten würden.

Wie die „Schlesische Ärztekorrespondenz“ mitteilt, haben die Kassenärzte der Allgemeinen Ortskranken-kasse in Breslau, der größten Schlesiens, ihre Kündigung am 30. Juni für den 31. Dezember dieses Jahres ausgesprochen. Bei den meisten anderen Krankenkassen soll die Kündigung am 30. September erfolgen.

### Holland.

Ein Sozialdemokrat in der Ersten Kammer. Am Dienstag hat die Provinzialvertretung von Friesland

unseren Parteigenossen Henri van Kol zum Mitglied der Ersten Kammer (Senat) gewählt. Die Wahl war das Resultat eines Wahlabkommens mit den Liberalen. Mit van Kol zieht der erste Sozialdemokrat in den holländischen Senat ein. Der Erwählte war früher Mitglied der Zweiten Kammer und zeichnete sich dort durch seine umfassenden kolonialpolitischen Kenntnisse besonders aus. Er war im Augenblick seiner Wahl eben auf der Rückreise von einer monatelangen indischen Studien-fahrt in Madras in der Mandchurerei. Die Wahl van Kols ist ein Erfolg des starken Anwachsens der sozialdemokratischen Mandate in der friesischen Provinzialvertretung bei den vor einigen Wochen abgehaltenen Provinzialwahlen.

### England.

Der Kampf gegen die Suffragettes. Die Suffragettenführerin Miss Pankhurst ist vom Londoner Polizeigericht dazu verurteilt worden, für die eigene Sicherheit 24 000 Mk. zu hinterlegen und zwei fremde Bürgschaften von je 12 000 Mk. zu stellen als Garantie für gutes Verhalten während der nächsten zwölf Monate; sie erklärte, jede Bürgschaft zu verweigern. Das würde ihre Einsperrung zur Folge haben müssen. Aber die Richter sind vielleicht nicht geneigt, das Gesetz streng anzuwenden, da die Suffragettes sehr unangenehm werden können.

### Balkan.

#### Die Bulgaren in einer gefährlichen Situation?

Wenn man den serbischen und griechischen Meldungen Glauben schenken darf, dann befindet sich der rechte bulgarische Flügel in einer äußerst gefährlichen Lage. Er ist nach der Einnahme von Skopje durch die Serben beim Fluße Vrogtanja zwischen der serbischen und griechischen Armee eingekesselt und ohne Fühlung mit den übrigen bulgarischen Heeren. Das Schlimmste aber ist, daß den Bulgaren die Zufuhr von Proviant abgeschnitten ist. — Die Richtigkeit dieser Meldung scheint bestätigt zu werden durch den Umstand, daß Bulgarien an die Mächte eine Zirkularnote gerichtet hat, in der es sich gegen den Vorwurf verwahrt, den Ausbruch des Krieges verschuldet zu haben. Die Verantwortlichkeit treffe Serbien und Griechenland. Gleichzeitig erklärt es darin seine Bereitwilligkeit, auf Grund des Bündnis-Vertrages über die friedliche Lösung des Konfliktes zu verhandeln.

Wie in Kreisen der serbischen Diplomatie verlautet, werden Serbien und Griechenland offiziell bekannt geben, daß sie die von ihnen besetzten strittigen Gebiete Mazedoniens ihren Staaten einverleibt haben.

Eine kaum glaubliche Nachricht kommt aus Konstantinopel: Gestern suchte der rumänische Gesandte die Pforte auf und hatte dort eine längere Unterredung mit dem Großwesir und dem Minister des Äußern. Rumänien hat mit der Türkei ein Abkommen getroffen, um Bulgariens Vorherrschaft auf dem Balkan zu verhindern. Die Türkei und Rumänien werden je 200 000 Mann (??) an der bulgarischen Grenze mobil machen, um dort den Bulgaren den Frieden zu diktieren.

Die serbische Regierung, mit ihrem König an der Spitze, nimmt den Mund wieder einmal sehr voll. In einer Proklamation salbirt sie in folgender, getadebuzer eckelhafter Weise: „Keine teuren Serben! Das ist eingetreten, was ich niemals erwartet habe, die Bulgaren, unsere Brüder durch Blutsverwandtschaft und Religion, unsere Verbündeten, haben in unmenschlicher Weise die Verbundenen massakriert, sie haben mit Schwerthieben den Vertrag durchhauen und die Freundschaft und Brüderlichkeit zerstört. Schon seit acht Tagen kämpft man bei Optische Polje in Mazedonien an den alten Grenzen unseres Vaterlandes in blutigen Schlachten, man vergießt Bruderblut. Die Herzen unserer Helden krampsen sich zusammen und die vor Adrianopel gefallenen Serben zittern in den Gräbern. Die Bulgaren haben die brüderliche serbische Hilfe vergessen und die Helden, die auf den Schlachtfeldern Thraziens gefallen sind. Sie haben der slawischen wie der ganzen zivilisierten Welt ein verachtungswertes Beispiel der Undankbarkeit und Habgucht gegeben. Die unbrüderliche Handlungsweise der Bulgaren hat mich schmerzlich berührt und meine aufrichtigen slawischen Gefühle tief verwundet. Die Verantwortung für die Sünden gegen den Slawismus und die Menschlichkeit fallen auf denjenigen zurück, der sie begangen hat. Warum das alles? — weil man die Streitigkeiten der Teilung nicht in brüderlicher Weise und auf friedlichem Wege lösen, sondern uns unsere Eroberungen, den Besitz der Wiege unserer Vordäter, das Land der Remanited, das Ihr mit Eurem Blute getränkt und besetzt und für die Serben wieder-erobert habt, entreißen wollt. Die Gräber der toten Helden des glorreichen Krieges rufen Euch zu und beschwören Euch, sie zu rächen. Verteidigen wir uns mit unserem heldenhaften griechischen Verbündeten in dieser Gefahr. Die mutigen montenegrinischen Falken kämpfen auf unserer Seite, um die serbischen Lande zu verteidigen und die Lebensinteressen unseres Vaterlandes. Ich sehe mich, wenn auch schweren Herzens, gezwungen, mich an die heldenhafte Armee zu wenden, damit sie mit ihrer Entschagung und ihrem Heroismus den glorreichen Helden der Siege von Rumanowo, Prilep, Monastir und Adrianopel sich würdig erweise. Gott schütze meine teuren Soldaten in diesem traurigen Kriege.“

Aber die zwiespältige Haltung Rußlands in der Balkanangelegenheit finden wir in der Wiener „Neuen Freien Presse“ u. a. folgende aus diplomatischer Quelle stammenden Auslassungen: Immer deutlicher tritt jetzt die Zwiespältigkeit der russischen Politik hervor. Offiziell heißt es zwar, daß der Zar wie seine Regierung über die Balkanstaaten wegen ihres Ungehorsams sehr erzürnt seien; hinter den Kulissen aber sind die verschiedenen Gesandten fleißig an der Arbeit, den stark gejunkenen russischen Einfluß um jeden Preis zu heben. In Bukarest sind es vornehmlich der russische und der französische Gesandte, die Rumänien mit Ratschlägen überhäufen, um es zu einem energischen Vorgehen gegen Rußland zu veranlassen, während andererseits der russische Gesandte in Sofia den ganz im russischen Sinn stehenden

Ministerpräsidenten Danew, den Führer der russophilen Partei Bulgariens, in seiner Intransigenz gegenüber Rumänien bestärkt. Man nimmt hier an, es sei hauptsächlich auf dieses Doppelspiel Russlands zurückzuführen, daß die Bemühungen S t e r r e i c h - U n g a r n s und seiner Verbündeten, zwischen Bulgarien und Rumänien zu vermitteln, vorläufig gescheitert sind.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 10. Juli.

Die Parteigenossen werden ersucht, den Entwurf der Satzungen für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck, der gestern im „Volkstoten“ zum Abdruck gelangt ist, aufzubewahren und zur nächsten Versammlung mitzubringen.

Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner gestrigen Sitzung die Herstellung eines Radfahrstreifens in der Wafenstraße sowie den Erwerb von Areal zur Verbreiterung des Fünfhäusens zum Preise von 5670 Mk. Das Areal gehört dem Bäckermeister Neddermeier. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Senatsantrag auf Gewährung einer Staatsbeihilfe von je 2000 Mk. an den Hanfischen Geschichtsverein für die Rechnungsjahre 1914/1918; desgleichen die beantragte Errichtung einer vierten Gerichtsschreiberstelle beim Landgericht; die Erhöhung des Gehaltes des Kanzlisten der Hanfatischen Gesandtschaft in Berlin; die Erhöhung der Stellenzulage für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen; die Verleihung des Ernteungerechtes an die Aktiengesellschaft „Siemens“ als Unternehmerin des Elektrizitätswerkes Ueberlandzentrale, damit es diesem Werk möglich ist, auf dem Gute Brandenbaum Masten aufzustellen und unter deren Benutzung Leitungen über das Gut zu führen, die notwendig für die Herstellung des Anschlusses des Kreises Herzogtum Lauenburg an die Ueberlandzentrale sind.

Eine Verschärfung des Lübeckischen Gewerbegerichts-gesetzes, die der Senat beantragt hatte, wurde gestern vom Bürgerausschuß abgelehnt. Das entsprechende Senatsdekret lautete: Das Reichs-Gewerbegerichtsgesetz gestattet in § 54 allgemein, daß in dem ersten auf die Klage angelegten Termine die Zuziehung von Beisitzern unterbleibt. Diese Bestimmung findet nach § 16 des Reichsgesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte, auf das kaufmannsgerichtliche Verfahren Anwendung, wie sie denn auch im § 67 des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht zu Lübeck vom 20. Juni 1906 wiederholt worden ist. Hingegen wird in § 52 des Lübeckischen Gewerbegerichtsgesetzes vom 25. November 1905 die Bestimmung der Beisitzer im ersten Termine nur für besonders wichtige Fälle gestattet. Dies erklärt sich lediglich aus einem Versehen, welches auf den früheren Lübeckischen Gewerbegerichtsgesetzen vom 17. September 1877 und 30. November 1891 beruht. Die Folge ist, daß zahlreiche kaufmannsgerichtliche Rechtsstreitigkeiten, einerlei ob eilig oder nicht, ohne Beisitzer mit kurzem Zeitaufwande sich erledigen, während beim Gewerbegericht auch in den unbedeutendsten Fällen, wenn sie nicht besonders eilig sind, Beisitzer zugezogen werden müssen. Die Zuziehung der Beisitzer kostet jedesmal 6 Mk. Wird die sachlich ungerichtfertige (?) Abweisung des hiesigen Rechts von dem Reichsrecht beseitigt, so wird mithin nicht nur eine Vereinfachung, sondern auch eine Verbilligung des Verfahrens erzielt werden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Maßregel, welche das hiesige Recht dem Reichsrecht ja nur gleich, aber nicht nachstellen soll, werde die Beschleunigung des Gewerbegerichts verschleppert werden. Einerseits wird der Vorsitzende des Gerichts alle grundsätzlichen Fragen schon seinerseits, wie bisher, den Beisitzern mitzulegen, andererseits haben nach § 52 Abs. 3 die Parteien es selbst in der Hand, bei Fragen, die ihnen wichtig sind, eine Entscheidung unter Zuziehung von Beisitzern herbeizuführen, wenn in einem Termin ohne Beisitzer kann der Vorsitzende eine Entscheidung nur dann allein erlassen, wenn beide Parteien sie beantragen. Der Senat beantragte folgenden Nachtrag zum Lübeckischen Gewerbegerichtsgesetz: In dem ersten nach der Erhebung der Klage stattfindenden Termine um die Zuziehung der Beisitzer unterbleiben. Der Bürgerausschuß lehnte die gutachtliche Empfehlung der Senatsvorlage ab. Der Wortführer stellte fest, daß der Bürgerausschuß diesen ablehnenden Beschluß gefaßt habe, weil er den bisherigen Zustand als den besseren zu erhalten wünsche.

Die Einführung der Schulpflicht für Schwachbehängte und die Errichtung einer zweiten Hilfsschule hatte der Senat im vorigen Jahre in einer Vorlage beantragt, die vom Bürgerausschuß an eine Kommission verwiesen wurde. Diese Kommission hat nunmehr Bericht erstattet und beantragt: der Bürgerschaft den Antrag I der Senatsvorlage in folgender Fassung zur Annahme zu empfehlen: Schwachbehängte Kinder, welche wegen unzulänglicher Bildungsfähigkeit an dem Unterricht in der öffentlichen Volksschule nicht mit Erfolg teilnehmen können, insbesondere solche, die nach zweijährigem Schulbesuch das Ziel der Unterklasse nicht erreicht haben, können (der Senat hatte gesagt müssen) auf Anordnung der Oberschulbehörde einer Hilfsschule zugeführt werden. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Kinder, deren gesetzliche Vertreter der Oberschulbehörde den Nachweis erbringen, daß für ihre Ausbildung auf andere Weise ausreichend Sorge getragen wird. Welcher Hilfsschule die Kinder zuzuführen sind, bestimmt die Oberschulbehörde. Diese Bestimmungen treten am 1. April 1914 in Kraft. Ihr Geltungsgebiet ist beschränkt auf die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, mit Ausnahme des durch das Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Gebietes; 2. für die Anträge unter II und III wegen zurzeit der Bürgerschaft die Ablehnung zu empfehlen. Im Verlaufe der Beratung beantragte Schulmerich namens der Kommission, dem Satz unter Ziffer 1 des Kommissionsantrages „insbesondere solche, die nach zweijährigem Schulbesuch das Ziel der Unterklasse nicht erreicht haben“, den Zusatz zu geben: „oder voraussichtlich nicht erreichen werden.“ Der Bürgerausschuß beschloß, nur die Ziffer I der Senatsvorlage in der nunmehr abgeänderten Fassung zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen.

Die Ordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet will der Senat neu regeln und zwar folgenden Beschlusses zu dem Gesetze vom 13. November 1912, die Eingemeindung des Städtchens Travemünde sowie der Landgemeinden Gneversdorf, Rüdnic, Siems, Herrenwyf, Kraemelsdorf, Borwerk, Moisling, Genin, Israelsdorf, Gotmund und Schlutup in die Stadtgemeinde Lübeck betreffend. Das Gesetz vom 13. November 1912, die Eingemeindung des Städtchens Travemünde, sowie der Landgemeinden Gneversdorf, Rüdnic, Siems, Herrenwyf, Kraemelsdorf, Borwerk, Moisling, Genin, Israelsdorf, Gotmund und Schlutup in die Stadtgemeinde Lübeck betreffend, wird, wie folgt, ergänzt: In den eingemeindeten Gebietsteilen regeln sich die Verhältnisse der Volksschulen bis auf weiteres nicht nach den Vorschriften des Unterrichtsgesetzes für die städtischen Volksschulen, sondern nach dessen Bestimmungen für die Volksschulen auf dem Lande und in den Städtchen Travemünde mit Ausnahme der Artikel 55 bis 67 und nach den Vorschriften der II und III dieses Nachtrages. II. Die Oberschulbehörde befugt, den von ihr neu festzustellenden Schulbezirken des

Eingemeindungsgebietes Teile des Landgebietes, oder auch den bestehenden städtischen oder ländlichen Schulbezirken Teile des Eingemeindungsgebietes zuzulegen. Für den eingemeindeten Teil der Landgemeinde Strednic behält es bei der Vorschrift des Artikels 69 des Unterrichtsgesetzes bis auf weiteres sein Bestehen. III. Die Beiträge und sonstigen Leistungen der zufolge der Eingemeindung aufgelösten Schulgemeinden Travemünde, Rüdnic, Siems, Kraemelsdorf, Borwerk, Moisling (einschließlich Genin), Israelsdorf und Schlutup an den Staat (Artikel 55 und Anlage A des Unterrichtsgesetzes) und die im Bereiche dieser Schulgemeinden bisher entrichteten Beiträge von Gutsherrschaften fallen weg. In den neuen Bezirken der Schulen von Travemünde, Siems, Rüdnic, Moisling, Israelsdorf und Schlutup, und zwar auch in ihren nicht eingemeindeten Teilen, wird ein Schulgeld nach den für die städtischen Volksschulen geltenden Vorschriften erhoben. IV. Die Kassenbestände und sonstigen Vermögensgegenstände derjenigen Schulgemeinden, deren Beiträge an den Staat nach der Bestimmung unter III wegfallen, gehen in das Eigentum des Staates über. V. Das Gesetz vom 30. Juni 1909, betreffend die Umgestaltung der Gewerbeschule, findet bis auf weiteres im Eingemeindungsgebiet keine Anwendung. VI. Die Vorschriften unter I—V erhalten rückwirkende Kraft auf den 1. April 1913. — Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgerschaft.

Arbeitssekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Juni auf 1166 (1243), die der Besucher auf 1820 (1853). — Die eingeklämerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 145 Personen. Mithin sind im Monat Juni 1021 (1025) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1222 (1295), darunter nach auswärts schriftlich 29 (49). Von den Besuchern waren organisiert 708 (762) Personen, und zwar gewerkschaftlich 412, politisch 28, gewerkschaftlich und politisch 268. Unter den verbleibenden 612 Nichtorganisierten befinden sich 254 Angehörige von Organisierten und 28 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 908 (962) männlich, 376 (369) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1143 (1222); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 136 (99); Organisationen 41 (32). In Lübeck Stadt hatten von den Besuchern 980 (1000) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 117 (126), Oldenburg 92 (93), Mecklenburg 59 (72), Preußen 64 (68), Hamburg 5 (4), Ropenhagen 1, Paris 1, Gen 1. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 211 (245), Arbeits- und Dienstvertrag 271 (271), bürgerliches Recht 448 (461), Strafrecht 104 (79), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 146 (190), Arbeiterbewegung 14 (16), Privatversicherung 11 (18), Handels- u. Gewerksachen 2 (3), Verschlebens 15 (12). Von den Auskünften machten 226 (332) die Anfertigung von 334 (480) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 29 (97) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 219 (246) Postsendungen. Der 16. Juni zeigte mit 84 (87) die höchste, der 20. Juni mit 41 (28) die niedrigste Besucherzahl.

Die Eisenbahnlinie Travemünde—Niendorf ist, wie bereits gemeldet, am Dienstag dem Verkehr übergeben worden. Die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft, welcher die neue Bahn untersteht, hat es bisher noch nicht einmal für nötig gehalten, der Bevölkerung von dem für diese Strecke geltenden Fahrplan Kenntnis zu geben. In solche Rücksichtslosigkeit ist man bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn allerdings schon gewöhnt; ebenso daran, daß diese Gesellschaft es nie für nötig erachtet hat, der werktätigen Bevölkerung, die doch sicher das größte Kontingent der Benutzer ihrer Linien stellt, davon zu unterrichten, wenn Sonderzüge verkehren oder Fahrplanveränderungen eintreten. Etwas auffällig ist es jedoch, daß man nicht einmal Vertreter des Lübeckischen Vierklassenparlaments zu der Eröffnung eingeladen hatte, das doch recht erhebliche Summen aus dem Säckel der Steuerzahler für den Bahnbau nach dem oldenburgischen Konkurrenzbede Travemündes bewilligt hatte. Dafür sängen jetzt jedoch alle bürgerlichen Blätter, deren Vertreter ein paar Broden von der Festtafel erhielten, das Lob unserer für ihre Aktionäre sehr gut sorgenden Privat-Eisenbahngesellschaft, deren verkehrs-politische Rückständigkeit schon so oft kritisiert worden ist!

b. Schöffengericht am 10. Juli. Das Urteil im Margarinediebstahl lautete gegen den Schulknaben wegen zweier Diebstähle auf 8 Tage, gegen das Mädchen wegen Diebstahls auf 7 Tage Gefängnis. Die Mutter wurde wegen Unterschlagung in einem Falle zu 12 Tagen Gefängnis verurteilt, in andern Falle freigesprochen. Von einer bedingten Begnadigung der Kinder wurde nichts erwähnt. — Wegen Übertretung der Bauordnung — nicht rechtmäßiger Anbringung eines Schornsteins — wurde der Zimmermeister B. zu 20 Mark Strafe verurteilt. — Heimlich abgereist ist der Arbeiter Sch. und dessen Frau. Er war auf dem Hochofenwerk beschäftigt, stellte die Arbeit auf und ging in ein hiesiges Abzahlungsgeschäft, wo er unter lebhafter Mithilfe seiner Ehefrau den Geschäftsführer überredete, ihm einen Anzug auf Abzahlung zu überlassen. Die Frau insbesondere schwindelte vor, daß ihr Mann bald in besser bezahlte und dauernde Stellung aufrücke, und auf dieses hin verkaufte ihm der Geschäftsführer den Anzug im Werte von 55 Mark bei 10 Mark Anzahlung, obwohl diese sonst mindestens den vierten Teil der Kaufsumme betragen soll. Am andern Tag verschwand er nach Grünberg in Schlefien. Auch andere „Leidtragende“ hinterließen die Eheleute. Die Frau ist des Betruges mitangeklagt, weil bei Abzahlungsgeschäften Verkäufe nur mit Haftung beider Teile zustande kommen. In diesem Fall war die Frau insbesondere am Kauf beteiligt. Die Angeklagten werden zu je 10 Tagen Gefängnis verurteilt. — Wer tanzen will, muß sich sein machen — das verlangte ein Travemünder Wirt von zwei Matrosen, die in ihrem Werkeltagsanzug den Saal betraten. Sie wurden wiederholt, zuletzt mit Gewalt hinausgeführt, da sie dieser Aufforderung nicht nachkamen und in ihrer Trunkenheit noch sangen. Die Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs kam hinterher. Der Matrose M. wurde vorerst zu 15 Mark Strafe verurteilt. Gegen den andern wird später verhandelt. — Warenaustausch trieben ein junger Handlungsgehilfe und ein Hausdiener. Der eine versorgte den andern mit Süßigkeiten und der andere verschaffte dem Spender Seife, Schuhcreme, Haarfärbemittel, Vanille und 6 Stüd Gummihauger. Alles zusammen hat etwa 7 Mark Wert. Der Handlungsgehilfe B. wird mit 1 Woche, der Hausdiener H. mit 2 Tagen bestraft. Was sich Leute mit zudehenden Fingern merken mögen: auch geringer Diebstahl und Hehlerei werden nur mit Gefängnis geahndet. Der oft im Gerichts-saal vorgebrachte Wunsch, es mit Geldstrafe abzumachen, kann nicht berücksichtigt werden. — Du bist verrückt! sagte ein angejanckter Kutscher zu einem Schuhmann, als er ihn auf seinen halb schlafenden Zustand und vorzügliches Fahren aufmerksam machte. Diese Schuhmannsbeleidigung kostete dem unbedachten Kutscher 20 Mark Geldstrafe. Während kam in Betracht, daß dem Angeklagten die Beleidigung leid tat und er sich auf der Polizei nachher entschuldigte.

pb. Wer ist der Eigentümer des Fahrrades? In einem Garten in Kraemelsdorf wurde ein Fahrrad ohne Kennennummern, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse, nach unten gebogener Lenkstange und Kortgriffen mit schwarzer Einfassung gefunden. Das

Markenschild scheint von dem Rade entfernt zu sein. Das Rad steht im Bureau der Kriminalpolizei zur Ansicht bereit.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3½ Uhr nachmittags Schwartzauer Allee 44a statt.

Die öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1) hat ihre nächste Sprechstunde am Freitag, dem 11. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

E. Gutin. Der Gemeinderat trat am Montag, dem 7. Juli, zu einer Sitzung zusammen. Der erste Beratungsgegenstand war die Versorgung Gutins mit Elektrizität. Schon in mehreren Sitzungen hatte man sich mit dieser Sache befaßt, doch standen sich verschiedene Meinungen unserer Stadtväter gegenüber; während man auf der einen Seite glaubte, daß ein eigenes Elektrizitätswerk am rentabelsten wäre, wurde von der anderen Seite entgegnet, daß die Lieferung des Stromes von der überlandzentrale das Billigste sei. Alles dieses ist nun hinfällig, da die ganze Elektrizitätsfrage bis auf weiteres zurückgestellt ist. Und warum? Weil die Finanzlage unserer Stadt keine allzu rosigge ist und die Finanzen durch die kommende Garnison noch mehr in Anspruch genommen werden. Nicht allein das, auch der Real-schulneubau hat die Finanzen stark in Anspruch genommen. Es muß hier offen ausgesprochen werden, daß die Stadt durch diesen Schulneubau finanziell sehr überlastet ist, denn darüber besteht bei der Mehrzahl der Einwohner kein Zweifel, daß ein derartiger Bau mit so hohen Kosten hätte vermieden werden können. Aber man weiß ja nicht, was dahinter steckt. Aber alles wird noch in den Schatten gestellt von dem was nötig sein wird, wenn erst das Bataillon Militär hier seinen Einzug hält. Das Jammern geht jetzt schon los; was soll erst später werden. Na, wir werden ja sehen. Nachdem diese Sache erledigt war, wurde auf Antrag des Magistrats eine viergliedrige Kommission gewählt, welche die Erhöhung der Gehälter unserer städtischen Beamten regeln soll. — Ein paar Grundbesitzer, die wegen verfallener Straßenreinigung von einem pflichterfülligen Gendarm zur Anzeige gebracht waren, hatten hiergegen eine Eingabe an den Gemeinderat eingebracht. Der Bürgermeister wurde vom Gemeinderat ersucht, den Gendarm zu belehren, daß er solches der Gutiner Polizeibehörde zu melden habe, damit das weitere veranlaßt werden kann. — Ein Vermächtnis von 1953 Mk., das die Lehrerin Fürstenau der Stadt Gutin für das Armenhaus vermacht hatte, wurde angenommen. — Einige Punkte von nicht besonderer Bedeuung wurden schnell erledigt.

Mölln. Sozialdemokratischer Ortsverein. Die nächste, am Sonntag, 13. Juli, nachmittags 4 Uhr stattfindende Mitgliederversammlung hat eine bedeutende Tagesordnung aufzuarbeiten. Neben der Neuwahl des Vorstandes, Abrechnung usw. findet auch die Wahl des Delegierten zum Bezirkstage in Flensburg statt. Pflicht der Mitglieder ist es deshalb, in der Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Bürgerschaft. Die gestrige letzte Sitzung vor der großen Sommerpause brachte zwei Abstimnungen, die für die Hamburger „Volksvertretung“ außerordentlich charakteristisch sind. Während die Bürgerschaft in der Vorbereitung der Militärausgaben erheblich weiter ging als der Senat, ist sie in der Fortbildungsschulfrage umgefallen! — Es ist sehr lehrreich, die beiden Dinge einander gegenüberzustellen. Erst am vergangenen Freitag beschloß die Bürgerschaft die Schulgelddreier für die Fortbildungsschulen. Prompt kam vom Senat das „Unannehmbar!“ und ebenso prompt machte die Bürgerschaft sich jetzt die durch und durch unsoziale Forderung des Senats zu eigen. Anders verfuhr die Bürgerschaft aber, wie schon erwähnt, als es sich darum handelte, einer besonderen Beamtenklasse, die den bürgerlichen Parteien aus verschiedenen, leicht aufzufassenden Gründen sehr am Herzen liegt, eine Extrawurst zu braten. Ginge es nach Dr. Albert, Wächter u. Co., so würde Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht werden, wenn den Militärärzten nicht eine besonders gute Zivilversorgung zuteil wird. Da kümmert man sich nicht um das „Unannehmbar“ des Senats und man schaut auch nicht davor zurück, durch Schaffung einer besonderen Beamtenklassen Zwiespalt in das Beamtenheer hineinzutragen. Im übrigen wurde mit dem sehr umfangreichen Beratungsstoff bis auf einen Antrag reiner Tisch gemacht. — Millionenkrach im Hamburger Kaffeehandel. Ihre Zahlungen stellte die hiesige Kaffeefirma Stueden & Andresen ein, nachdem vergebliche Versuche gemacht worden waren, die Schwierigkeiten des Hauses zu beheben. Die Verbindlichkeiten sollen 9 Millionen Mark betragen, die Aktien werden auf 5 Millionen Mark geschätzt. Bekanntlich hat sich am Kaffeemarkt in den letzten Monaten eine gesunde Rückwärtsentwicklung der Preise eingestellt, nachdem in den Vorjahren durch den organisierten Preiswucher der brasilianischen Kaffeeproduzenten enorme Preissteigerungen erfolgt waren. Während Oktober 1912 der Großhandelspreis für ½ Kilogramm sich auf 72,25 Pf. stellte, notiert der Preis gegenwärtig 48,50 Pf.

Altona. Die Wahlrechtsräuber am Werke. Die Kommunalvereine haben sich mehr oder weniger an den „Verbesserungsvorschlägen“ zum kommunalen Wahlrecht beteiligt. Wie die bürgerliche Presse meldet, hat der Vorsitzende des Zentralausschusses, Stadtverordneter Paris, die Mitglieder der städtischen Kollegien und alle Vorsitzenden der Bürgervereine zu einer Besprechung im „Raifchof“ eingeladen, in der die Frage des Wahlrechts eingehend erörtert werden soll, um dem Magistrat eventl. Anträge unterbreiten zu können, sei es auf Erhöhung des Zensus von 1200 Mk. auf 1500 Mk. Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten oder Einführung der Bezirkswahlen.

## Handels- und Marktnachrichten.

Butter-Notierungen  
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Vollstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Samburg, 9. Juli.

1. Klasse 853 Drittel zu 111,18 Mk. im Durchschnitt.
  2. „ 71 „ 101,98 Mk.
- Samburger Sternschanz-Wiechmarkt vom 9. Juli.  
Auftrieb 1660 Schweine. Handel schlank geräumt.  
Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:  
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 70,00 bis 71,— (54,00 bis 57,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 70,— bis 71,— (53,00 bis 57,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 73,— (— bis 57,—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 72,— bis 73,50 (56,00 bis 57,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 66,— bis 72,— (50,— bis 54,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 65,— bis 67,— (52,— bis 53,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 62,— bis 64,— (48,50 bis 50,—).

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Lönigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: J. H. Schöberg. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



## Ein Schlag gegen die deutsche Agrarpolitik.

Als 1902 der Wuchertarif im Reichstag beraten und die Viehzölle auf eine geradezu verrückte Höhe geschraubt wurden, behaupteten die Regierungsvertreter, daß man mit den Zöllen die Viehzucht soweit heben wollte, daß Deutschland seinen Fleischbedarf selbst deckt. Es wurde zugegeben, daß wir auf Zufuhren von Getreide angewiesen seien, aber unsere Viehzucht sei leicht so weit zu steigern, daß der Bedarf gedeckt werde. Die Steigerung werde eintreten, sobald das fremde Vieh vom deutschen Markt ferngehalten werde. Unsere Genossen behaupteten das Gegenteil. Sie sagten, daß man den Viehstapel steigern könne, wenn man keine Getreidezölle habe und derjenige, der sich Futter kaufen muß, auch mit Nutzen Viehhaltung treiben kann. 1906 ist der Wuchertarif in Kraft getreten. 1907 und 1912 fanden die Viehzählungen statt und die Resultate dieser beiden Zählungen zeigen, wie die Wuchertarife gewirkt haben. Es wurden gezählt:

	1907	1912	Proz.
Rindvieh	20 630 544	20 158 738	- 417 806 2,3
Schweine	22 148 532	21 885 073	- 261 459 1,2
Schafe	7 703 710	5 787 848	- 1 915 862 24,9
Ziegen	3 533 970	3 333 971	- 149 999 4,2

Rechnet man es auf Großvieh um, wobei 1 Rind = 1 Schweine = 10 Schafe = 12 Ziegen gerechnet wird, dann hatten wir 1907 einen Viehstapel von 27 232 042 Stück Großvieh. Fünf Jahre Wirkung des Wuchertarifes brachte statt einer Steigerung einen Rückgang auf 26 490 787 Stück Großvieh, also um 2,7 Prozent und das in einer Zeit, in der die Bevölkerung um mehr als 9 % wuchs. Nun werden aber die Herren Poladowsky, Herold, Wobbielski, Hahn, Wangenheim und Genossen sagen, daß der Rückgang noch schlimmer geworden wäre, wenn wir die Zölle nicht gehabt hätten. Sie würden wahrscheinlich behaupten, daß in Freihandelsländern der Rückgang noch größer ist, wenn diese nicht auch Viehzählungen hätten. Vergleicht man aber die beiden letzten Zählungen der Freihandelsstaaten, dann gibt es folgendes Bild:

Großbritannien und Irland:		Prozent
1906-1907	1911	
Rindvieh . . .	11 687 349	11 825 990 + 138 641
Schweine . . .	3 641 129	4 237 273 + 596 144
Schafe . . .	29 236 969	30 402 428 + 1 165 459
Großvieh . . .	15 521 328	15 925 551 + 405 223 = 2,6

Niederlande:		Prozent
1904	1910	
Rinder . . .	1 590 463	2 026 943 + 336 480
Schweine . . .	861 840	1 259 844 + 398 004
Schafe . . .	608 785	889 086 + 280 251
Großvieh . . .	1 966 601	2 430 808 + 464 207 = 22,6

Dänemark:		Prozent
1903	1909	
Rinder . . .	1 840 466	2 253 982 + 413 516
Schweine . . .	1 456 699	1 467 822 + 11 123
Schafe . . .	876 830	726 879 - 149 951
Großvieh . . .	2 292 299	2 693 625 + 401 326 = 17,5

Aus Belgien liegen Zählungen der Schweine und Schafe aus neuerer Zeit nicht vor, aber der Rinderbestand stieg von 1 779 678 im Jahre 1906 auf 1 856 833 im Jahre 1909.

## Müllerliebe.

Roman von George Sand.  
Deutsch von Heinrich Hesse.

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
„Wie sagen Sie . . .?“ rief Lemor, seine Wanderung unterbrechend. „Diese letzte Hilfsquelle versiegt?“  
„Ganz gewiß — tun Sie doch nicht, als wenn Sie es nicht wüßten. Sie waren zu gut unterrichtet um nicht zu wissen, daß die Schuld bei dem Pächter Brikolin das Bierische dessen beträgt, das man angenommen, und daß die Dame von Blanchemont gewungen sein wird, sich um ein Post- oder Tabakbureau zu bewerben, wenn sie die Mittel haben will, ihren Sohn in die Schule zu schicken.“  
„Ist es denn möglich?“ wiederholte Lemor höchst erstaunt und wie betäubt von dieser Nachricht. „Eine so plötzliche Umwälzung in ihrem Geschick! Wie ein Blitz aus heiterem Himmel.“  
„Jawohl, ein Blitzschlag!“ jagte der Müller mit bitterem Achzen.  
„Aber sagen Sie mir . . . ist sie nicht davon wie niederschmetternd?“  
„D . . . durchaus nicht. Im Gegenteil — sie ist der Meinung, daß Sie sie darum nur noch mehr lieben werden. Sie aber . . .? Nicht so dumm, nicht wahr?“  
„Teurer Freund“, antwortete Lemor, ohne auf Ludwigs Worte zu hören, „was sagen Sie mir da? Und ich . . . ich sollte mich mit Ihnen schlagen! Sie erweisen mir einen unerbittlichen Dienst in dem Augenblicke, wo ich im Begriff bin . . . Sie sind für mich ein Sendbote der Vorsehung.“  
Ludwig aber schrieb diesen Herzenserguß der Befriedigung zu, die Lemor empfand, rechtzeitig von der Nichtigkeit seiner habgierigen Hoffnungen benachrichtigt worden zu sein. Er wandte den Kopf mit Abscheu ab und war für einige Augenblicke in tiefe Traurigkeit versunken.  
„Sehen müssen“, sagte er sich, „wie eine so vertrauensvolle und uneigennützig Frau mißbraucht wird von einem solchen Laffen! . . . Es muß ihr ebenso sehr an Verstand mangeln wie ihm an Herz. Ich müßte eigentlich denken, sei in der Tat sehr unklug, weil sie mich an dem einen Tage, wo ich sie zum erstenmal in meinem Leben gesehen, alle ihre Geheimnisse hat entdecken lassen. Sie ist fähig, ihr Herz den ersten besten wegzuworfen. O, ich muß ihr jürnen. Ich muß sie warnen . . . ich muß sie in Schutz nehmen vor sich selbst in allen Dingen . . . und um den Anfang zu machen, ist sie von diesem Raub da befreit. Man kann diesem Lump das Ohr ein wenig einreißen und seine hübsche Schnauze

mit einer Schwamme versehen, die ihn davon abhält, sich sobald wieder vor einer Schönen zu zeigen.“

„Heda, Herr Pariser!“ rief er, ohne sich umzuwenden und indem er sich bemühte, seine Stimme ruhig und klar erscheinen zu lassen. „Sie haben mich gehört und wissen jetzt, wie hoch ich Sie einschätze. Ich weiß, was ich wissen wollte — Sie sind nur eine elende Kanaille . . . Das ist meine Meinung, und ich werde sie Ihnen sofort beweisen, wenn Sie es mir gestatten möchten.“  
Während er so sprach, hatte der Müller ziemlich pflegemäßig die Aermel aufgestreift, da er nur von den Fingern Gebrauch machen wollte. Er erhob sich und wandte sich um — überrascht von dem Zögern seines Widersachers, ihm zu antworten. Doch zu seiner größten Verwunderung befand er sich allein im Hofe. Er durchlief die Dahlienallee, forschte alle Winkel des Café Robichon aus und durchmaß sämtliche benachbarte Straßen — doch Lemor war und blieb verschwunden. Niemand hatte ihn hinausgehen sehen — entsetzt und fast wütend suchte Ludwig ihn in der ganzen Stadt.  
Nach einer Stunde vergeblichen Suchens war der Müller ganz außer Atem — er wurde müde und mutlos.  
„Ganz egal“, sagte er sich, indem er sich auf einen Pressstein niederließ, „es fährt heute weder eine Post noch eine Kutsche von der Stadt ab, ohne daß ich die Reisenden gezählt und ihnen ins Gesicht gesehen! Der Gute soll nicht fortkommen, ohne daß . . . aber bah, ich bin ja toll! Reist er nicht zu Fuß, und ein Wenig, der Gewicht darauf legt, eine Ehrenschuld unbeglichen zu lassen — macht er sich nicht aus dem Staube ohne Lambert und Trompeten? . . . Und dann auch,“ fügte er hinzu, sich nach und nach beruhigend, „meine Baronin Marcella würde mir sicher schlechten Dank wissen, wenn ich ihren Galan verprügele. So leicht läßt man so zarte Beziehungen nicht fahren, und die arme Frau wird mir vielleicht nicht glauben wollen, wenn ich ihr sage, ihr Pariser — sei ein Gauner . . . Wie soll ich es nur anfangen, um sie von ihrem Irrtum abzubringen? Es ist meine Pflicht. Und doch — wenn ich an den Kummer denke, den ich ihr machen werde . . . Du lieber Himmel — wie ist es nur möglich, daß man sich so ungeheuer täuschen kann?“

## Wer trägt die Schuld?

In Mülhausen im Elsaß läßt die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen umfangreiche Erdarbeiten ausführen. Die ausführende Firma ist die Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger-Berlin.

Seit dem 9. Juni haben nun 150 Erdbarbeiter die Arbeit dort eingestellt. Die Firma hat darauf lange vergeblich versucht, arbeitswillige Ausländer zu den Arbeiten heranzuziehen. Erst am Freitag, dem 4. Juli, hat sie 40 Kroaten in das Baugelände transportieren können; jedenfalls ist sie dabei von der Eisenbahnverwaltung unterstützt worden, die es jederzeit möglich machen kann, von einer kleinen, unbewachten Station die Wagen mit den Arbeitswilligen nach dem Baugelände zu rangieren. Das Vorhandensein und die Art und Weise, wie die Firma vorgeht und der ungewöhnlich hohe Schutz, den die Firma durch die Polizei genießt, hat nun die streikenden Arbeiter und die gesamten Arbeiter von Mülhausen überhaupt empört.

In den letzten Tagen ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei welchen Blut geflossen ist. Ja, auch Militär wurde requiriert. Vielleicht werden auch die Gerichte in Tätigkeit treten. Da hat denn die Öffentlichkeit ein Recht, zu erfahren, wodurch der Streik am Nordbahnhof in Mülhausen entstanden ist. Die Ursache des Streiks ist, daß die Arbeiter nur um die Einhaltung des Tarifvertrages im Baugewerbe kämpfen.

In Mülhausen i. El. gilt der Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe. Der Lohn ist auf 56 Pfg. pro Stunde festgesetzt. Die Firma Berger zahlte aber nur 39 Pfg. bis 42 Pfg. pro Stunde. Wiederholt wurden Beamte des Bauarbeiterverbandes bei dem Vertreter der Firma vorstellig, sie möge doch den Tariflohn zahlen. Aber alles half nichts, die Firma lehnte hochmütig alles ab. Da reichte die Bezirksleitung des Bauarbeiterverbandes ein lauges Gesuch bei der Generaldirektion der Reichseisenbahnen ein, mit der Bitte, die Generaldirektion möge anerkennen, daß die Tarifverträge eine segensreiche Einrichtung seien und der Firma dringend anheimgeben, den Tarifvertrag für Mülhausen einzuhalten. Die Bezirksleitung glaubte, daß durch Vermittlung der Generaldirektion die Firma Berger zu bewegen sei, den Tarifvertrag anzuerkennen. Ja, die Bezirksleitung des

Bauarbeiterverbandes für Elsaß-Lothringen glaubte sogar, eine Staatsbehörde, wie die Generaldirektion der Reichseisenbahnen, würde all ihren Einfluß ausüben, um die tariflichen Abmachungen zu schützen. Statt dessen schrieb die Generaldirektion nach 10 Tagen zurück:

Wir sind zu unserm Bedauern nicht in der Lage, auf die Firma Berger in dem gewünschten Sinne einzuwirken. Vielmehr müssen wir, abgesehen davon, daß uns der mit der Firma abgeschlossene Vertrag keine Handhabe dazu bietet, die Regelung des Arbeitsvertrages, soweit nicht gesetzliche Vorschriften in Frage stehen, der freien Vereinbarung der Vertragsteile überlassen. Auf Anregung des Arbeitsamts der Stadt Mülhausen haben wir der Firma Berger bereits nahegelegt, die von ihr benötigten Arbeitskräfte, soweit sie es für tunlich erachtet, durch die Vermittlung jener Stelle zu beziehen. (gez.) Rhode.“

Das Schreiben atmet eine unglaubliche Ahnungslosigkeit in wirtschaftlichen Dingen und gibt Zeugnis von einer großen Gleichgültigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Kräften. Der mit der Firma abgeschlossene Vertrag bietet also keine Handhabe, in Lohnfragen einen Einfluß auf die Firma auszuüben. Die Lohnzahlung ist demnach von der Behörde völlig der Willkür des Unternehmers überlassen. Und das zu einer Zeit, wo alle Welt wissen muß, daß die Löhne im Baugewerbe tariflich geregelt sind! Warum schreiben die Behörden nicht vor, daß bei Arbeiten für sie die Tariflöhne innezuhalten sind? Den Arbeitern blieb demnach nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen. Der § 7 des Hauptvertrages für das Baugewerbe verpflichtete sie dazu. Dieser lautet:

Die vertraglichstehenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Hauptvertrages sowie der auf Grund des angefügten Vertragsmusters abgeschlossenen und von ihnen genehmigten örtlichen Verträge einzusetzen. Wer sich dagegen oder Umgehungen nachdrücklichst zu bekämpfen, insbesondere keine im Widerspruch hiermit ausbrechenden Bausperren, Streiks und Ausperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen.“

So entstand der Streik am Nordbahnhof in Mülhausen. Wer trägt die Schuld? Diese Frage kann nach vorstehenden Tatsachen sich jeder leicht selbst beantworten.

## Aus der Partei.

Der Parteitag für die obere Rheinprovinz tagte am Sonntag und Sonntag in dem rheinischen Städtchen Venndorf. Der Bericht über das letzte Geschäftsjahr konstatiert gute und teilweise überraschende Erfolge bei den im Bezirk vollzogenen Gemeindevahlen. Troßdem in den meisten Orten, in denen Zentrum Trumpf ist, die Wahlzeiten für die Arbeiterwähler so ungünstig wie möglich festgelegt waren, errangen wir gerade in den schwarzen Distrikten eine erfreuliche Erhöhung unserer Stimmenzahl. Die Mitgliederzahl stieg in den neun Monaten des Berichtsjahres von 13 303 männlichen und 1566 weiblichen auf 13 869 auf 14 912. — Über die preußischen Landtagswahlen referierte Parteisekretär Hofrichter. Der Redner behandelte vor allen Dingen die neuen Wege, die der preußische Wahlrechtskampf in Zukunft einschlagen soll. Im Anschluß an das Referat wurde nachstehende, von der Bezirkskommission beantragte Resolution einstimmig angenommen: „Der Parteitag der oberen Rheinprovinz erklärt: Die Fortführung des preußischen Wahlrechtskampfes mit verschärften Mitteln ist eine dringende politische Forderung. In viel größerem Maße

kennen, daß man entschlossen ist, ihnen ihren Schuld abzulassen, und sie aus Höflichkeit tun, als seien sie die Betroffenen durch die angebliche Unentschlossenheit des Käufers. „Ich habe es schon hundertmal gesagt und wiederhole es, so oft Sie wollen — der Wagen ist schön und gut, fein und solide. Er kommt aus einer der ersten Pariser Fabriken. Sie kennen mich viel zu gut, als daß Sie glauben könnten, ich würde mich hineinmischen, wenn die Sache windig wäre. Ferner fordere ich keine Vermittlungsgebühr, die Sie einem andern sehr wohl bezahlen müßten. Sehen Sie doch nur überall Ihren Profit!“

Die Unentschlossenheit des Käufers währte bis zum Abend — die Auszahlung der Taler schnitt ihm ins Herz.

„Nun“, sagte Ludwig, als er die Sonne untergehen sah, „ich will hier nicht übernachten, ich gehe fort. Ich sehe, Sie wollen dieses so blinkende und preiswerte Gefährt nicht. Ich werde also meine Sophie davor spannen und Holz wie Artabanus nach Blanchemont zurückfahren. Es ist dies das erste mal in meinem Leben, daß ich im Galwagen fahre. Das macht mir Spaß, und noch mehr Spaß werde ich haben, wenn ich sehe, wie Vater und Mutter Brikolin sich des Sonntags damit tadeln. Ich meine allerdings, daß Sie und Ihre Dame mehr darin ausgemacht haben würden.“

Bei sinkender Nacht zählte Kaparard endlich das Geld auf und ließ den schönen Wagen in seinem Schuppen unterbringen. Ludwig lud die Gegenstände der Baronin auf seinen Karren, barg die zweitausend Franken in einem ledernen Gürtel und trabte mit Sophie von dannen — er sah auf einem Koffer, und trotz der heftigen Stöße und des Lärmens seiner großen Räder auf dem Pflaster lang er aus Leibesträften.

Er fuhr schnell, denn er lief nicht wie der rothaarige Kutscher Gefahr, sich zu irren, und er hatte schon den hübschen Weiler Mers hinter sich, als der Mond noch nicht aufgegangen war. Der frische Dunst, der im Schwarzen Tale selbst während der heißen Sommernächte über den zahlreich eingegengten Bächen schwebt, lag auf der weiten dunklen Fläche wie riesige weiße Tücher, die man für Seen hätte halten mögen. Schon waren das Rufen der Schnitter und die Gesänge der Schäferinnen verstummt — nur die Glühwürmchen, die hin und wieder in dem Gebüsch aufleuchteten, das den Weg besäumte, waren bald die einzigen Lebewesen, die der Müller wahrnahm.

Doch als er einer jener lumpigen Wiesen durchquerte, die in diesem übrigens so fruchtbaren und so vorzüglich bearbeiteten Lande von den vielen Krümmungen der Flüsse gebildet werden, glaubte er eine unbestimmte Gestalt wahrzunehmen, die in den Büschen vor ihm herkroch und an der Bänne vor der Furt stehen blieb, als erwarte sie ihn.

als bisher müssen die Massen in Bewegung gesetzt und für den rücksichtslosen Kampf um die Demokratisierung Preußens vor keinem Opfer zurückbleiben. Der Kartelltag prüft die bestimmte Erwartung aus, daß nicht allein die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse in dieser Zentralfrage der preußisch-deutschen Politik ihre Pflicht erfüllen. Die Anwendung neuer und wirksamer Kampfmittel, zu denen auch der Massenstreik zu rechnen ist, muß mit allem Eifer erörtert und durch Ausbau und Stärkung der Organisationen praktisch vorbereitet werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zum Boykott der Firma J. G. Weiß in Stettin. Der Boykott, den die organisierte Arbeiterschaft gegen die Fabrikate der Firma J. G. Weiß in Stettin (Zigarren und Kaffeesurrogate) verhängt hat, scheint schon empfindlich zu wirken. Seine hat sich bereits die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände angenommen, deren Geschäftsstelle einen Klageruf in die unternehmerfreundlichen Blätter lanciert, in dem es am Schluß heißt: „Es bedeutet eine schwere Gefahr für unsere gesamte Öffentlichkeit, wenn das Kampffeld in unseren modernen Arbeitskämpfen, das doch wirklich ausgedehnt genug ist, nunmehr in immer größerer Maße auf die Gesamtheit, namentlich der Konsumenten ausgedehnt wird. Das gibt unseren Arbeitskämpfern eine Ausdehnung, die im allgemeinen Interesse unerschwinglich ist. Es wird aus diesem Grunde sorgfältig zu erwägen sein, ob nicht der Ausdehnung dieses Kampfmittels, das nach den vorhandenen Anzeichen in immer stärkerer Maße von den Gewerkschaften angewandt wird, durch die Gesetzgebung entgegengekehrt werden mußte.“ Das organisierte Unternehmertum hat nichts dagegen, wenn Kapitalisten mißlich Tausende und aber Tausende von Arbeitern aussperrten und dem Hunger überantworten. Wenn aber dieselben Unternehmer mit ihren brutalen Mitteln am Ende ihres Lateins angelangt sind, soll der Staat den Profit retten und Bütteldienste verrichten. Die um bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter werden also nicht nur durch Aushungern und durch Arbeitswillige, die sich nicht scheuen, ihre streikenden Kollegen niederzutreten, nicht nur durch Polizeikräfte und Soldaten bekämpft, sondern möglichst Justizhausgelege sollen noch gegen sie geschaffen werden. Die Arbeiter werden solche Attentate auf ihr Recht zu parieren wissen!

Die Gewerkschaften in Holland. Der Niederländische Verband der Gewerkschaften hat seinen Jahresbericht über 1912 herausgegeben. Danach hat sich die Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 52.235 auf 61.535 gesteigert. 3652 Frauen gehören den Gewerkschaften an. Von der Gesamtzahl der Mitglieder waren 22.593 in Amsterdam wohnhaft, und mehr als 70 % in den beiden Provinzen Nord- und Südholland, in welchen die drei größten Städte liegen. Das Gesamtvermögen der abgeschlossenen Gewerkschaften steigerte sich von 1,97 auf 2,32 Millionen Gulden. Von den Ausgaben entfielen 169.000 Gulden auf Streiks, 14.000 Gulden auf Krankenunterstützung, 58.000 Gulden auf Arbeitslosenunterstützung. Pro Mitglied betrug die Ausgaben unserer Gewerkschaften 14,78 Gulden pro Jahr, dagegen bei den christlichen nur 5,15 Gulden, bei den katholischen nur 5,25 Gulden, bei den anarchistischen Gewerkschaften gar nur 1,70 Gulden.

## Der Massenmord in Südafrika.

Was sich in den letzten Tagen in Transvaal zugetragen hat, ist förmlich ein neuer Krieg. Diesmal nicht ein Krieg zwischen zwei Nationen, sondern ein Krieg zwischen zwei Klassen. Aber es sind dieselben Elemente, die aus unerträglichem Goldgier den inhumanen Burenkrieg angezettelt, die nun aus gleichen Motiven die jähzählbare Arbeiterschaft in Johannesburg provoziert und angeordnet haben. Den handtübenden Berichten von Anarchie, Mahrerschaft, Brandstiftung und Mord, von denen die englische Presse überflutet (und die der deutsche offizielle Telegraph mit Behagen weiterverbreitet, Red.), steht die Lüge auf der Stirne geschrieben. Man kennt die Weisheit, man kennt den Text. Man erinnere sich nur der jahrelang systematisch betriebenen Lügenkampagne, durch die dieselben Herren die Buren vor England und Europa als die unumschließlichen Schenkale hingestellt wurden, um die rechte Stimmung für ihren Raubzug zu erzeugen! Die Randlords, gegen deren Ausbeutungsregiment die Grubenarbeiter rebellieren, beherrschen nicht nur Regierung, Polizei und Militär, sondern auch die Presse, und vor allem die Telegraphenagenturen. Es wird deshalb wahrscheinlich noch einige Zeit dauern, bis die Welt aus unabh-

hängigen Quellen ein einigermaßen wahrheitsgetreues Bild von der Schreckensherrschaft der letzten Tage haben wird. Klar ist jedenfalls, daß die Soldateska bei verschiedenen Anlässen falkblütig in maßlose Mengen hinmorgelassen hat und daß mindestens 40 Tote und eine viel größere Zahl von Verwundeten auf dem Schlachtfeld geliebt sind.

Der direkte Anlaß des Gemetzels war die eigenmächtige Konfiszierung des Versammlungswesens durch die Behörden. Sie machten sich dabei ein altes Gesetz zunutze, daß die feindliche Transvaalrepublik zur Unterdrückung der hochoverrächerischen Agitation der Minenbesitzer einführen und das von diesen Minenbesitzern damals als das verworfenste Gewaltmittel benutzte wurde. Nach diesem Gesetz kann eine Versammlung von mehr als sechs Personen an einem öffentlichen Orte verboten werden. Findet die Versammlung doch statt, dann kann das herbeigerufene Militär ohne jede andere Warnung als das Klagen einer Trompete auf die Versammelten feuern. Am Freitag nachmittag sollte eine Versammlung der Grubenarbeiter auf dem Marktplatz von Johannesburg stattfinden. Mittags verboten die Behörden die Versammlung auf Grund des erwähnten Gesetzes. Da die Arbeiter von dem Verbot keine Kenntnis hatten, versammelten sie sich nach verabredeter Weise. Sie fanden den Platz mit Truppen besetzt. Auf Veranlassung der Arbeiterführer wurde die Versammlung jedoch gestoppt. Die Teilnehmer wurden unter der Bedingung, daß die Redner die Menge beschwichtigen würden. Nach dem Urteil des Militärs taten die Redner dies jedoch nicht und die Gewalthaber leiteten daraus das Recht her, die Versammlung trotz der Erlaubnis gewaltsam auseinanderzutreiben. Darauf folgte das Blutbad.

Der liberale Abgeordnete Du Thwaite, der den Streik der südafrikanischen Minenarbeiter im Jahre 1907 mitgemacht hat, äußert sich folgendermaßen: „Wer sind die Arbeitgeber? Wer erzwingt Gesetz und Ordnung mit der Spitze britischer Bajonette und Geschütze? Es sind die Leute, die sich seinerzeit zu dem Einbruch Jameson's verschworen. Viele von ihnen sind zum Tode verurteilt worden. Sie hegen ihre Angelegenheiten zum Aufbruch auf, um den Krieg zu provozieren, der ihnen billigeren Arbeitskräfte sichern sollte. Sie haben kein moralisches Recht, Unordnung zu unterdrücken. Und die Grundursache vor allem ist die Verzweiflung, in die die Arbeiter durch die schrecklichen Arbeitsbedingungen, unter denen sie leben, getrieben worden sind.“

Die kosmopolitischen Beherrscher eines riesenhaften Monopols, schreibt derselbe liberale Sachkundige an anderer Stelle, „üben eine unerträgliche todaustrahlende Tyrannei aus. Dieser Streik ist ein Versuch, diese Tyrannei durch den gewerkschaftlichen Kampf zu brechen.“

Die Sterblichkeit unter den eingeborenen Grubenarbeitern ist eine entsetzliche. Die Statistik wird von einer Vereinigung der Grubenherren selber geliefert. Danach betrug die Sterblichkeit in den ersten vier Monaten dieses Jahres pro Tausend: Januar 44,6, Februar 64,1, März 71,6, April 51,5. Aber wie der Minister für Eingeborenenangelegenheiten, Sauer, im Unionsparlament ausführte, schließen diese Zahlen die viel größere Zahl von Sterbefällen, die außerhalb der Gruben stattfinden, nicht ein! Wer also nicht mitten in der Arbeit tot zusammenbricht, sondern sich noch bis zum Massenquartier schleppen kann, der ist nach der Statistik der Grubenherren nicht gestorben! Nach dem Minister Sauer war die wirkliche Sterblichkeit unter den Eingeborenen in den vier Monaten wie folgt pro Tausend: Januar 115,1, Februar 117,6, März 118,5, April 73,4. Danach sterben jeden Monat durchschnittlich 10 Prozent in den Goldgruben beschäftigten Eingeborenen! Kein Wunder, daß der Minister selber sich genötigt sah, dieses System als „nicht viel besser als Mord“ zu bezeichnen.

Den Weisheit ist das Schicksal jedoch nicht so gnädig wie den Rassen, die in ein paar Tagen hinfinken. Duthwaite schreibt: „Wenn Soldaten in einer Schlacht zu umkommen würden, wie die Grubenmechaniker im Kampfgebiet, dann würde die Welt mit Entsetzen erfüllt. Sie atmen den durch die Drillmaschine erzeugten kieselhaltigen Staub ein. Ihre Lungen werden zu Stein und ihre Agonie nennt man Bergmanns Schwund. Ein Sachverständiger schätzt die Sterblichkeit dieser weißen Arbeiter auf 30 Prozent! Die allgemeine Ansicht unter den Grubenarbeitern selbst ist die, daß eine dreijährige Arbeit bei der Drillmaschine den fast sicheren Tod bedeutet. Man versteht nun, warum sich diese dem Tode geweihten mit solchem Todesverachtung vor die Gewehre der Soldateska stürzten! Sieh es doch für die meisten nur, ihre Agonie um ein bis zwei Jahre abzurufen! Und das schmachvollste ist, daß dieser falkblütige Massenmord durch

Dennoch aber glaube ich, lieber Freund, daß ich mich tüchtig wehren würde, denn zum ersten Male seit langer Zeit hänge ich heute Abend am Leben — mit leidenschaftlicher Erbitterung.“

„Halt da!“ rief der Müller, als der Bach durchquert und auf dem Sande hielt. „Hier haben wirs bequemer beim Flaubern. Aber zuerst erwischen sie mir vor allen Dingen die Freundschaft, mein lieber Herr, mir zu sagen, wohnen Sie gehen.“

„Ich weiß es selbst nicht recht“, erwiderte demor lachend. „Ich glaube, ich wohnere so auf's Geratewohl für mich hin — ist es heute nicht schon zum Spazierengehen?“

„Nicht so schön, wie sie glauben, und Sie mit den bei schlechten Wetter zurückkehren — wenn ich es wollte. Sie sind auf meinen Karren gestiegen — er ist mein Hüterort, und man bringt nicht immer so himm, wie man aufsteigen.“

„Hören Sie auf mit Ihren lauten Wägen, Ludwig“, antwortete demor, und trübte Sie Ihr Pferd an. „Ich bin nicht angelegt zum Lachen, denn ich bin zu erregt.“

„Gefahren Sie es nur endlich ein — Sie haben Angst.“

„Jawohl, ich habe große Angst, und Sie werden es begreifen, sobald ich Ihnen erzählt haben werde von ... wenn ich überhaupt erzählen kann ... ich bin ganz kopflos.“

„Aber in aller Welt — wohnen wollen Sie denn?“ fragte der Müller, der zu furchten begann, er möchte demor doch jählich beurlauben haben — er fand keinen von dem Horn ein wenig verwirrten Bestand wieder und fragte sich, ob ein Schwärmer ihm seine Person wohl so von neuem in die Hände gespielt haben würde.

„Wohnen wollen Sie denn selbst?“ fragte demor. „Nach England — nahe bei Blandford!“ Und ich ... ich wondere in dieser Richtung, ohne zu wissen, ob ich es wagen werde, so weit zu gehen. Aber Sie haben doch von dem Magnet gehört, der Eisen anzieht.“

„Ich weiß nicht, ob Sie von Eisen sind“, erwiderte der Müller, „aber ich weiß, daß auch für mich ein pathetischer Magnetismus dort vorhanden ist. Und Sie, mein Lieber, möchten also“

„Ich will nichts — ich wage nichts zu wollen! Und doch ist sie zunicht! Warum sollte ich da hingehen?“

„Ihm Land auch — wohnen wollen Sie denn, so weit, nach Afrika ...“

„Ich glaube Sie noch recht. Mit meinen Verhältnissen vertragen, wenn beschwerdend, frucht ein riesiges Ver-“

hygienische Maßnahmen vermieden werden könnte, wäre nicht der Profit der Randmagnaten das höchste Gesetz. So bekommen von den 10 bis 12.000 weißen Minenarbeitern jährlich 4000 die tödliche Schwandpust. Nach vierjähriger Arbeit werden 50 Prozent der weißen Minenarbeiter dahingerafft; kein einziger erlebt eine Lebensjahre von 16 Jahren! Die hohen Nominallöhne — die Realloöhne sind infolge der hohen Preise und der organisierten peribölichen Entlassung gering — veranlassen manche Arbeiter, ihre Leben aufs Spiel zu setzen; andere opfern es bewußt für ihre Familie.

Es ist eines der schmerzhaftesten Kapitel in der Geschichte des Kapitalismus!

Das Volkliche Bureau meldet aus Pretoria: Die Generale Botha und Smuts empfangen eine Abordnung der Ausständigen, um über die Bedingungen zur Beilegung des Streiks zu verhandeln. Die Mitarbeiter versprechen, die Frage zu erwägen, wie für die Winterkassen der bei den Anruhen getöteten Leute gesorgt werden sollte. Sie verzögerten, diejenigen zu begnadigen, welche sich schwerer Straftaten schuldig gemacht haben. Sie versprechen, die anderen Fälle in Betracht zu ziehen.

Daß der Streit noch nicht beendet ist, geht aus folgenden Meldungen hervor:

Johannesburg. In einer Versammlung von 3000 Leuten wurde ein Beschluß angenommen, wodurch der Streik verkindet wird. Die Führer verkündeten, der Streik dauere noch an. Die Leute müßten jetzt nach Braamfontein vor, um die Eisenbahner zum Streik aufzufordern.

Pretoria. Der ausführende Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes der Eisenbahner telegraphierte nach allen Eisenbahnzentren des Landes, daß die Eisenbahner von Pretoria, nachdem sie gestern zum Gedächtnis der Getöteten feierten, heute zur Arbeit zurückkehren. Wenn sich aber die Belegschaft für die Fortsetzung des Streiks entscheidet, würde der Generalkrieg der Eisenbahner im ganzen Bereich des Gewerkschaftsverbandes erklärt werden.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaftskartelle ein sehr wichtiger Faktor, dessen Bedeutung nicht genug geschätzt werden kann und eher eine größere, als geringere Würdigung verdient. Man versteht unter dem Namen „Gewerkschaftskartelle“ örtliche Vereinigungen der Zirkulare der Zentralverbände zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und zur Schaffung gemeinsamer Einrichtungen am Orte. Es gab eine Zeit, in der diese örtliche Organisation sogar das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung bildete. Das waren die Anfangsjahre gewerkschaftlicher Entwicklung, als die Zentralverbände noch langsam den erstarrenden örtlichen Fachorganisationen entwachsen, als ihr zentraler Apparat noch zu schwach war, um das gewerkschaftliche Leben bis in die feinsten lokalen Bezüge hinein zu regulieren, als der vermittelnde Einfluß einer Gesamt- oder Bezirksorganisation fast allenfalls noch fehlte und der Zusammenprall von Arbeitern und Unternehmern zur primitivsten Solidaritätsaktion zwang. Damals waren die örtlichen Kartelle vielfach das finanzielle Rückgrat der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Die Erstarkung und Vervollkommen der Zentralverbände löste diese Wirklichkeit der Kartelle ab und wies ihnen dafür eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu. Und es gewinnt gegenwärtig den Anschein, als ob gerade im Rahmen der Gewerkschaftskartelle die Arbeit und die Kräfte eine bedeutende Steigerung erfahren werden. Die Gewerkschaftsagitation, die im letzten Jahrzehnt meist extensiv betrieben, in die kleinsten Landstädte und Landorte hinausgetragen wurde, ist durch die Einrichtung sog. gelber Organisationen gezwungen, sich wieder mehr intensiv zu betätigen. Dazu drängt auch der wachsende Einfluß der Tarifverträge und der paritätischen Arbeitsnachweise, die die einheitliche Organisation der Arbeiter zur bringenden Pflicht machen. Die Dezentralisation der Arbeiterversicherungsinstanzen erfordert einen Ausbau der Kartellorganisation im Sinne wirksamerer Rechtshilfe und der gemeinsamen Durchführung der „Wolfsfürsorge“ wird wiederum ganz wesentlich auf der Mitarbeit der Kartelle beruhen. Man kann ruhig erklären, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung neben der hohentwiderter Verbände auch auf der Arbeit der Gewerkschaftskartelle beruht und ohne dieselbe kaum denkbar wäre, und man kann nur wünschen, daß die Kartelle immer mehr erstarzen und sich ihren Aufgaben auch geschickter zogen.

Es bestanden 1912 744 Kartelle, von denen sich 717 gleich 96,39 Proz. an der Statistik beteiligten. Die 27 nichtbeteiligten Kartelle zählten 1911 zusammen 13.825 Mitglieder, dieser verhältnismäßig geringe Ausfall beeinträchtigt die Ergebnisse der Statistik nur ganz unerheblich. Den Kartellen waren angeschlossen 9418 Gewerkschaften mit 2.339.571 Mitgliedern. Gegen 1911 stieg die Zahl der Kartelle um 37, die Zahl der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften vermehrte sich um 157, und die ihrer Mitglieder um 178.843. Die Zunahme an Gewerkschaften und Mitgliedern zeigt hinter der des Vorjahres erheblich zurück (1911 war ein Plus von 371 Gewerkschaften und 268.247 Mitgliedern zu verzeichnen), eine Erscheinung, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur des Jahres 1912 erklärt, das als ungünstiges Wirtschaftsjahr zu bewerten ist. Bei der schwächeren Zunahme an Gewerkschaften ist die Verminderung derselben durch den Zusammenbruch von Zentralverbänden in Rechnung zu ziehen. Der durchschnittliche Umfang eines Kartells betrug 13,1 (1911 13,4) Gewerkschaften mit 3263 (1911 3127) Mitgliedern, der durchschnittliche Umfang einer angeschlossenen Gewerkschaft 248,4 (1911 233,3) Mitglieder. In diesen Zahlen befindet sich die Mitwirkung des gewerkschaftlichen Konzentrationsprozesses auf die örtlichen Kartelle.

Der Hauptzuwachs an Kartellen ist den Kleinsten, die 2 bis 20 Gewerkschaften haben und bis 2500 Mitglieder zählen, zugute gekommen.

Die Gruppe der größten Kartelle, mit über 25.000 Mitgliedern, ist um eins (Stettin) vermehrt worden. Sie weist 1912 9 Kartelle auf und zählen dazu: Berlin mit 311.923, Hamburg 142.923, Dresden 98.063, Leipzig 77.573, München 69.308, Nürnberg 58.100, Stuttgart 49.377, Frankfurt a. M. 45.461, Chemnitz 42.721, Hannover 39.601, Bremen 37.811, Breslau 33.230, Magdeburg 31.238, Köln 30.417 und Stettin 25.595 Mitgliedern.

Die Zahl der außenstehenden Zweigvereine war allzeit gering und vermindert sich von Jahr zu Jahr. Sie betrug 1906: 400 von 7657 oder 5,2 Proz., 1911: 340 von 9571 oder 3,2 Proz. und 1912: 272 von 9699 oder 2,8 Proz. der Gewerkschaften.

Im ganzen mögen etwa neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftskartellen angehören, während ein Zehntel etwa 200.000 außerhalb der Kartellen stehen.

Das Verbleiben dieser Mitglieder ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kartellorganisation an wichtiger Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation nachließ. Bei der in dieser Zeit notwendigen Ausgestaltung der Bezirksorganisation der Kartelle wird es möglich sein, auch die den Kartellen noch fehlenden Mitglieder zu den Kartellen zu ziehen.

Die blaueschwarze Gesinnungen wechseln, beweist an- fänglich des Siegreiches Streites gegen Gerhart Haupt- manns Jahreshundertfestspiel ein klerikales Blatt, das „Deutsche Volksblatt“, in klassischer Reihheit und Deutlichkeit. Am 3. Juni war es von dem Festspiel noch ganz begeistert. Hinterher kam es aber darauf, daß man sich als guter Patriot und Katholik verletzt zu fühlen habe. So blieb nichts übrig, als der Begeisterung die Entrüstung folgen zu lassen. Am 17. Juni war das „Deutsche Volksblatt“ bereits enttäuscht. Man vergleiche:

Genilleton vom 3. Juni.

Heute Abend soll das Wert Gerhart Hauptmanns unter Reinhardts Regie zu 5000 Zuschauern sprechen, das Festspiel, zu dessen erster Auf- führung fast die gesamte deutsche Kunstwelt ihre besten Vertreter ge- sendet hat. Um 2 Uhr sind die zwei deutschen Restaurants neben der Jahrhunderthalle, das Hauptrestaurant und das „Rheingold“, fast nur mit Leuten besetzt, die irgendwo in näherm Zusammenhang mit dem Festspiel stehen und die sich fast alle untereinander kennen. Es ist wie eine große Familie, die vor einem er- hebenden Feste steht.

Genilleton vom 17. Juni.

Als man erfährt, daß die Breslauer sich niemand an- dern als just Gerhart Hauptmann wählten, der ihnen jenes Festspiel schreiben sollte, daß sie nun einmal anlässlich der Hundertjahr- feier der Befreiungskriege durchaus haben wollten, die so bedeutungsvoll mit ihrer Stadt verknüpft sind, schwan- telen jenen, die dem Verfasser der „Weber“ und der „Ver- sunkenen Glocke“ nicht mit der vorurteillosen Kritik- losigkeit seiner Berliner W- Gemeinde gegenüberstehen, Unheilvolles.

Der Monolog des „Direk- tors“ leidet unter einem so- losem Schweigen das Festspiel ein. Der Hallen- direktor, in dessen Händen die Großen wie die Kleinen nur Puppen sind, und dessen ge- treuer Diener und Vertreter, Böttcher, gleich einen gan- zen Puppenkasten auspackt. Aber in die weißen Re- den dieser zwei über der Menschheit Stehenden ...

Vor allem eine Frage: Wie kann ein deutscher Dichter von einer so einzig herrlichen Periode der Geschichte seines Volkes, der wir in der Historie der Menschheit nichts Ähn- liches zur Seite stellen können, so wenig gepackt und ergriffen werden, daß ihm zu ihrer Verherrlichung nichts andres einfällt als die Form eines Puppenstücks, eine blutarme, mühsam aus kaltem Hirn zu- sammengeleitete arti- stische Spielerei?

Georg, Jahn, der Freiherr v. Stein, Scharnhorst und Heinrich v. Kleist reden und predigen ... Fichte tritt an das Rednerpult ...

Man glaube aber ja nicht, daß die uns so vertrauten und hochverehrten Gestalten der deutschen Freiheitskriege etwa als handelnde Personen eingreifen. Sie haben ledig- lich als Puppen ihr Sprichlein herzusagen und damit basta.

Blücher selbst kann bei diesen Spielern nicht den frunten unbedenklicher Vater- landsliebe wecken.

Walter Blücher ist bei Gerhart Hauptmann zum alten Schwäger ge- worden.

Aus dem Jammer aber wächst eine der schwerst ge- prüften Mütter mächtig empor, wird zu einer Erscheinung fast übermenschlicher Art gewandelt, zur Per- sonifikation des Vater- landes ...

Zu jenen Dichtern, deren Schaffen in der Geschichte ihres Volks zum Wurzelt, gehört nun Gerhart Haupt- mann wahrlich nicht.

Aber auch die zum Vater- land gewordene Mutter ver- wandelt sich abermals, im Schmutz der Wallas wird sie zur Athene Deutschlands, zur Verkörperung des wahren Deutschtums überhaupt.

... überdies geht durch sein ganzes Wesen ein un- deutscher, blutsfrem- der Zug, der uns in jeder seiner Dichtungen auffällt.

... und unter ihrem schim- menden Speer, unter Orgel- ton und Glockenklang zieht das Schlachtenmüde, fleckige Volk in den mächtigen Dom, um sich für den Frieden in der Freiheit zu weihen.

Ist denn Gerhart Haupt- mann von jedem völkischen Instinkt so gottverlassen, daß ihm just die deutschen Befreiungskriege dazu dienen müssen, um sich in die Pose des Mannes zu werfen, der damit sagen will: Man habe ich nicht den Nobel-Preis ver- dient? Ist es nicht eine lächerliche, eine farce- sonderliche, wenn Haupt- mann mit der Alex- weltausstellungsglocke bimmelt ...

Die große Halle dröhnte von dem Jubel der 5000, von dieser Mani- festation des deut- schen Geistes.

Mit einem solchen Schandstück, worin auch nicht ein Funke jenes glühen- den Geistes der Vaterlands- liebe und der nationalen Ge- sinnung jener herrlichen Zeit glüht, die einen Theodor Kör- ner und Ernst Moritz Arndt zu jener Menge Hinführender, mit vollendeter Sprachgewalt behandelte Freiheitsgedichte begeisterte, beginnen die Bres- lauer die Jahreshundertfeier der deutschen Freiheitskriege! So tief ist also das Volk der Dichter und Denker in seinem künstlerischen Ge- schmack gesunken, daß ein solcher Schandstreich der Aufführung wert erachtet wird!

Das ist unsere beste Gesinnung! Am 3. Juni ist man begeistert, am 17. Juni, genau 14 Tage später, ent- rüstet. Wie's von oben befohlen wird!

Und genau wie das „Deutsche Volksblatt“ haben eine Anzahl anderer konservativer, nationalliberaler und all- deutscher Blätter sich zu dem Festspiel gestellt. 100 Jahre nach der Erregung der Befreiung ...

Genossenschaftsbewegung.

Eine Bäckerei, wie sie nicht sein soll. Die in den Kon- sumvereinen organisierten Konsumenten haben sich längst daran gewöhnt, an die Art der Brotherstellung recht hohe An- sprüche zu stellen. Die Bedürfnislosigkeit früherer Zeiten hat dem berechtigten Willen der Konsumenten Platz machen müssen, nur solches Brot zu essen, das gesundheitsför- dernd und einwandfrei beschaffen ist. Seit über 200 Konsumvereins- und Genossenschaftsbäckereien stellen das Brot nach diesen Grundsätzen her, die durch die Genossenschaftsbe- wegung aufgestellt wurden. Die Konsumenten haben Anspruch darauf, daß die auf dem in Rede stehenden Gebiete bisher ge- leistete Arbeit von keiner Seite gelobt wird. Man hat aber ein Schöffengericht ein Urteil gefällt, das mit Recht als sehr bedenklich bezeichnet werden muß. Der Inhaber einer großen Bäckerei Düsselbofs, in der 36 Gehilfen beschäftigt werden, war angeklagt, gegen die Bäckerei- und Bundesratsverord- nung verstoßen zu haben. Ein Beamter befandete, der Fuß- boden, die Backretter und die Maschinen seien durch alte Leigreste verunreinigt gewesen. Handtuch und Seife zum Waschen habe er in der Backstube nicht gefunden. Außer den Leigresten seien die Backretter stark durch Fett verunreinigt gewesen. Der Angeklagte bemerkte, bei dem an- geglierten Schmutze habe er sich um Mehlaub gehandelt. Handtücher seien vorhanden gewesen, aber von den Gesellen herumgeworfen worden. Seife habe er in der Backstube nicht gefunden, um zu verhindern, daß die Backwaren den Seifen- geruch annehmen. Der Backmeister war der Meinung, die Seife könne in den Leig gerathen. Der Antragsanwalt bean- tragte eine Geldstrafe von 15 Mark. Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten und bemerkte zur Begründung n. a., „die Polizeiverordnung dürfe man auch nicht zu engherzig auffassen“. Die Begründung des Urteils durch das Gericht dürfte kaum geeignet sein, den Schmutz aus der Brotherstellung herauszuschaffen. Die Brot- konsumenten haben Anspruch darauf, daß ihr wichtigstes Nahrungsmittel unter den denkbar zureichenden Umständen hergestellt wird. Die Genossenschaften müssen es ablehnen, daß man an ihre Bäckereibetriebe solche bescheide- nungs- Ansprüche in Beziehung auf Reinlichkeit stellt, wie sie in dem angeführten Urteil erscheinen. Es ist auch bedauerlich, daß die erzieherische Wirkung geföhrt wird, die bei den Bäckern durch die Grundsätze, nach denen Konsumvereins- und Ge- nossenschaftsbäckereien arbeiten, hier und da schon zu bemerken war. Bäckereien können nach diesen Grundsätzen nie lauber genug sein.

Aus Nah und Fern.

Wieder eine „Ankultur“. Der vom Schwurgericht Bres- lau wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurteilte Vorlosthändler Geyppert ist gestern hingerichtet worden.

Baurat Ente in Leipzig verstorben. Nach einem Tele- gramme aus Leipzig ist dort der Baurat Otto Ente, Vor- sieder des Unternehmerverbandes für das deutsche Baugewerbe, plötzlich gestorben. Er trat im Jahre 1910 an die Stelle des verstorbenen Vorsitzenden Feltich.

Wieder ein Opfer einer Unfälle. In Neuselwitz, S.-Alten- burg, hat die Unfälle, beim Feueranmachen Petro- leum zu verwenden, wieder ein Opfer gefordert. Dort erlitt die sechsjährige Tochter des Zigarrenhändlers Hautsch beim Feueranzünden mit Petroleum lebensgefährliche Brandwunden. In seiner Todesangst sprang das Mädchen, da die Tür verschlossen war, aus der im ersten Stockwerk belegenen Woh- nung zum Fenster hinaus, wobei es weitere schwere Ver- letzungen erlitt. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Blutbad. Der Riffenmacher Schulz erlag im Streit auf der Landstraße bei Einfeld den 20jährigen Pfälzerer Diller und warf die Leiche in einen Tümpel.

Risiko der Arbeit. Bei Bohrversuchen in der Nähe des schlesischen Dorfes Türnich wurden zwei Arbeiter durch den elektrischen Strom getötet, ein dritter wurde lebens- gefährlich verletzt. — Die Neue Badische Landeszeitung mel- det: Gestern mittag sind in der chemischen Fabrik von Böhlinger & Söhne in Balldorf infolge Zerplatzens eines Kessels zwei verheiratete Arbeiter durch Säure schwer verletzt worden; beide sind gestorben. Ein dritter verwundeter Arbeiter dürfte mit dem Leben davonkommen.

Einen gefährlichen Unfall erlitt die Fabrikarbeiterin Lad- tonial in der Fabrik Kunkel in Mülhausen i. E. Sie wurde von einer Transmissionswelle an den Haaren erfasst. Hierbei wurde ihr die ganze Kopfhaut von der Stirn bis in den Nacken samt dem Ohr abgerissen.

Furchtbare Gewitter haben im oberitalienischen Seenge- biet ungeheuren Schaden angerichtet. Bei Varese, Erba und Bergamo fiel der Hagel 25 Zentimeter hoch. Die Temperatur betrug unter 10 Grad.

Im Flug durch Nord-Europa. „Daß man im Flugzeug ausgebreitete Reisen unternehmen kann“, schreibt Binde- jone de Monnais, der in stolzem Fluge 4800 Kilometer quer durch Europa zurückgelegt, in einem Reisebericht in der „Daily Mail“, „habe ich schon bewiesen. Aber es bleibt noch viel zu tun, bevor man von dem Aeroplan als einem Fahrzeug reden kann, in dem einem die Ermüdung erspart bleibt. Es ist Sache der Erfinder darüber nachzudenken. Hier sind noch eine Menge Aufgaben zu lösen, und ich will nachstehend einige Fingerzeige in der Richtung geben, in der sich die diesbezüglichen Bemühungen zu bewegen hätten. Zu- nächst sollte man versuchen, eine Maschine zu konstruieren, die bei höchster Schnelligkeitsleistung die Fähigkeit besitzt, eine be- queme, unbeschwerde und sanfte Landung zu gestatten. Dabei müßte gleichwohl dieser Aeroplan genügend starke Widerstandskraft besitzen, um sich gegen die Windstrudel zu verteidigen. Mit einer solchen Maschine würde ein Motor- defekt viel weniger Gefahr bieten, weil erstens eine mit gerin- ger Schnelligkeit arbeitende Maschine auf eine kleine Ent- fernung leicht zu stoppen ist, und weil zweitens im Falle eines Bruchs die Sache bei einer Stundenleistung von 28 Kilometern ungleich weniger gefährlich ist als bei einer solchen von 96 Kilometern. Eine Reise von 4000 Kilometern stellt die Solidität eines Aeroplans und seiner Widerstandskraft gegen Witterungseinflüsse auf die härteste Probe. Die Sta- bilität im Winde ist heute, darüber besteht kein Zweifel mehr, zu solchem Grade ausgebildet, daß die Körperliche Arbeit des Piloten auf ein Minimum reduziert ist. Was die Ermüdung herbeiführt und die merkwürdige Schlafrast in der Ab- periode auslöst, ist allein die Nervenanstrengung, die durch über- mäßig konzentrierte Aufmerksamkeit hervorgerufen wird. Diese Nervenanstrengung nimmt bei allen Fliegern über- triebene Ausdrucksformen an, aus dem einfachen Grunde, weil sie die Gefahr viel höher einschätzen läßt, als sie in Wahrheit ist. Mein Flug von Paris nach Berlin hat mich nicht mitgenommen, so daß alle meine Nerven bis zum Zerplatzen angespannt waren. Der Rest der Reise ver- urachte mich dagegen so gut wie gar keine Ermüdung, ob- wohl die Schwierigkeiten nicht geringer waren, und zwar des- halb, weil mein Aeroplan bereits trainiert und mein Willen infolge dessen stark genug war, die Reizung zur Nerven- schwäche zu unterdrücken. Ich hatte von Paris aus mäßigen Wind, der gleichwohl aber stark genug war, mich schnell nach

Deutschland und Russland, dem Ziel meiner Reise, hinzutrei- ben. Die erste Strecke von 415 Kilometern legte ich in zwei Stunden 45 Minuten zurück, das war gewiß keine schlechte Leistung, aber von Wanne nach Berlin ging es doch noch be- deutend schneller. Ich flog auf dieser Strecke mit einer Ge- schwindigkeit von 216 Kilometern pro Stunde. Es war mir wohl durchaus klar darüber, daß ein Motordefekt angeht, dieser Schnelligkeit recht verhängnisvolle Folgen hätte haben müssen, aber die Begeisterung und die Aufregung in die mich dieses rasende Flugtempo versetzte, ließ mich im Verein mit der gesteigerten Siegeszuversicht diesem Gefahr- risiko gar keine besondere Bedeutung beilegen. Nur bei der Landung in Berlin konnte ich mich einer leisen Anwand- lung von Schwäche nicht erwehren. Ich war wie zerbrochen und von einem unbewußtlichen Schlafbedürfnis übermächtig. Die Fahrt von Berlin nach Warschau verlief dagegen ziem- lich harmlos, obwohl der Wind mit unverminderter Gewalt wehte. Leider wurde ich durch dreitägigen Nebel am sofortigen Weiterflug gehindert. Erst am vierten Tage konnte ich meine Reise nach Petersburg fortsetzen, mußte aber schweren Herzens darauf verzichten, mein Ziel an einem Tag zu erreichen. Bei starkem Wind mußte ich mich bei einer Stundenleistung von knapp 80 Kilometern mühsam durcharbeiten. Ich kam endlich an nach einem Flug über Kiew, von Drainierrohren durchzogene Felder und Hügel und Höhen, die mir und meiner Maschine unter Um- ständen hätten recht gefährlich werden können. Aber der schlimmsten Teil meiner Reise bildete der 372 Kilometer lange Flug über die Dniepr und die Ueberquerung Sch wedens in frömderem Regen über ein von Wasserläufen und Wäldern zerstückeltes Terrain, bei dessen Uebersteigung mit- ein Schauer über den anderen den Rücken lang lief. Dafür war aber die Küstenlinie über Dänemark, Deutschland, Holland und Frankreich nach Paris eine wahre Vergnügungspartie.

Familientragödie an der Jhar. An der Großhesselohe: Bräute in München, die als Selbstmörderbräute zu einer traurigen Bekanntheit gelangt ist, hat sich wieder ein Drama abgespielt. Eine Familie von vier Personen ging vor in den Tod. Zuerst stürzte sich die Mutter, eine etwa 40 Jahre alte Frau, mit ihrer vierjährigen Tochter von der Bräute herab. Die Frau und das Kind fielen auf den hoch wasserdamm. Die Mutter war sofort tot, das Kind starb nach wenigen Minuten. Kurz darauf stürzte sich der Vater mit seinem Sohne von der Bräute herab. Beide waren sofort tot. Die Leichen wurden von den Fluten der Jhar weggeschwemmt und später geborgen. Papier- wurden bei den Toten nicht vorgefunden, sodaß ihre Per- sonalien nicht festgestellt werden konnten.

Ein deutscher Deserteur auf Schweizer Boden erschossen. In Wittenbach im Kanton St. Gallen war ein Einbruch in das Stationsgebäude verübt worden. Als der Tat verdäch- tig wurde ein deutscher Soldat, der sich in Uniform be- fand, von dem Polizeiwachmeister Siger verfolgt und beim Lothorhof eingekerkert. Nach anfänglicher Weigerung er- klärte sich der Soldat bereit, dem Polizeiwachmeister zu fol- gen. Er versuchte dann aber zu entfliehen. Da ihn der Po- lizeiwachmeister festhalten wollte, zog der Soldat sein Seiten- gewehr und verfehlte dem Wachmeister einen Hieb ins Ge- sicht. Zu gleicher Zeit gab dieser aber einen Revolver- schuß ab, der den Soldaten in die Brust traf. Der Soldat ließ noch 50 Meter weit und brach dann tot zusammen. Di- Nachforschungen ergaben, daß der Tote der Württemberger Karl Mey ist, der 1892 in Ebingen geboren wurde. Er gehörte zum Grenadierregiment 119 in Stuttgart, deseriert vor einiger Zeit und trieb sich in Uniform in der Nordost- schweiz umher. Der Polizeiwachmeister ist durch den Sühel- hieb des Deserteurs schwer verletzt worden. Dem Gren- adier Mey wird auch der Einbruch in die Station Hauptwilz zwei Tage vorher zur Last gelegt.

Unfall auf der Drahtseilbahn in Capri. Auf der von der Graefen Marina nach der Stadt Capri emporführenden Drahtseilbahn riß das Drahtseil, und der vollbesetzte Wagen jagte in die Tiefe, wo er zerstückelt ankam. Die Bremsen versagten. Drei Passagiere wurden getötet, zwei schwer und acht leicht verletzt. Ob Deutsch- unter den Verletzten sind, ist noch nicht bekannt.

Eine Luftreise wider Willen unternahm ein amerikani- scher Monteur. Im Park von Hudson River waren Arbeiter mit der Installation eines lenkbaren Luftschiffes be- schäftigt. Plötzlich rissen die Halteseile. Das Luftschiff, in dessen Gondel sich nur ein junger Monteur befand, hing mit großer Geschwindigkeit wie ein Freiballon bis zu einer Höhe von 3000 Metern. Erst nach zwei Stunden gelang es dem Monteur, der die maschinellen Einrichtungen des Luft- schiffes nicht genau kannte, das Schiff zum Sinken zu brin- gen. In einer Höhe von 200 Metern wurde jedoch aus dem Sinken ein Sturz, und das Luftschiff fiel in den Hudson River. Der Insasse wurde gerettet.

Theater und Musik.

Sommertheater in den Stadthallen. Das Peden- rösschen, ein dreiaktiges Lustspiel und ein Kind der Muse des Direktors Ernst Albert gelangte gestern erstmalig hier zur Aufführung. Es wird in der Hauptrolle der Kampf zwischen Pfaffen orthodoxer und freigeistlich gesinnter Richtung innerhalb der evangelischen Kirche geschildert. Da- zwischen hüpf das Pedenrösschen als allerliebste, quirlen- des, stacheliges, übermütiges Ding über die Bühne, welche Rolle durch Johanna Riccarda ganz vorzüglich zur Geltung gebracht wurde. Trefflich in Mäskel und Spielt war auch der frömmelnde, bigotte Bischof Schlaffer des Herrn Wallis. In gleichfalls guten Händen waren die Amtsbrüder des Bischofs, die die freier gesinnten Richtung der Freigeistigen vertretenden Pastoren Dr. Jordan bei Frau Göbel, Pastor Winger bei Otto Bögel und Pastor Bryner bei Paul Schneider. Daß Julius Heydcker, der als Küster August Petersen mit der Wirtshauswirtin Witte Schneppegel, die durch Felicit Westel würdig vertreten wurde, glücklich im Hafen der Eh- lande, wie immer auf dem Posten war, braucht kaum be- sonders erwähnt zu werden. Der Verfasser selbst, der bei allen christlichen Juden Benjamin Sachs gab, sang gleichfalls wesentlich zum Gelingen des Stückes bei. Auch die übrigen Mitwirkenden, Herr Ambrosio als Antoniana Drake, Walter Wegmann als dessen Sohn Kurt, der dem Bischof das für ihn bestimmte Bräutchen abjagt und das Peden- rösschen für sich geminnt, Felga Bally als Mutter des letzteren, Jugendliebe und schiefliche noch glückliche Braut des Pastors Winger gaben gleichfalls ihr Bestes, in- daß alles in allem eine wohlhabenderen Vorstellung zu ver- zeichnen war. Das geschicklich erdichtete Probestück tarnte nicht mit wohlverdientem Beifall, die Darsteller und der Verfasser immer wieder vor die Kampe rufend. Der Direktor Albert kam auf einen vollen Erfolg zurück, sein Pedenrösschen wird sicher noch manche Wieder- holung erleben.

Verantwortlicher Redaktor: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwab, Druck: Friedr. Neuber & Co. Samlich in Lübeck.

**Gustav Jäde, Lübeck** Holstenstraße 1 Fernspr. 761  
 Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunon, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Boxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlüpe etc.  
**Aussteuer-Artikel.**

**Praktischer Wegweiser**  
 Erscheint einmal wöchentlich • **Geschäfte** • empfohlen Zur Beachtung

**Kenner bevorzugen**  
**das gute Lübecker**  
**Bürgerbräu**  
 Aktienbierbrauerei Lübeck

**Lübeck**

**Fr. Bibow, Engelsgrube 57**  
 Salzheringe aller Art, Fischkonserven en-gros. Tel. 908.  
**H. Christiansen** Wahnstraße 30  
 Flurgarderoben, Spiegel, Luxus- u. Gebrauchsmöbel, Eigr. Möbeltischl.

**Dampfer Freya**  
 Täglich Fahrten nach Travemünde Ab Sophienstr. 8<sup>o</sup> und 2 Uhr.

**Herm. Oose, Hundestr. 62**  
 Roßschlächterei  
 Spezialität: Feine Wurstwaren.

**Hamburger Kaffee-Lager**  
 Holstenstraße 10  
 Essigfabrik

**G. Lehmann**  
 Alfstr. 17 — — — — — Telephone 903.

**Löwelin**  
 die beste Schuhherne der Zukunft  
 Löwelin-Werke Otto Löwe, Kom.-Ges.  
**Meumann & Erdmann**  
 Holstenstr. 2, I. Kontor-Bedarfsartikel  
 Continental-Schreibma-sch. Rp.-Werkstau.

**Franz Schöffelring jr.** Beckergrube 50.  
 Tel. 3202. Feilermeister Tel. 3202.  
 Spezialität: Angelgeräte.

**Ludwig Schüller**  
 Beckergrube 24 : Telephone 72  
 Luxusfuhrwerk, Automobilvermietung, Tag u. Nacht geöffnet.

**Heinrich Tesenitz**  
 Königstr. 23 — — — — — Ecke Pfaffenstr.  
 Wäsche- u. Aussteuerart. aller Art.

**H. Hahn** Gr. Burgstr. 33  
 Photogr. Atelier.

**W. Krahn** Königstr. 48  
 Butter, Milch.

**Fisch- und Fettwarenhandlung**  
 H. Robbach, Fackenburg, Allee 19 b

**R. Ködlig** Königstraße 121  
 Angelgeräte und Netze.

**Carl Schöner** Wickedestr. 14  
 Fischhandlung.

**Herm. Stiegmann** Hundestraße 35  
 Sargmagazin.

**Alumin.-Geschirr**

**Billigste Bezugsquelle**  
 für Öfen, Herde, Gaskocher, Gradsöfen

**Adolf Borgfeldt**  
 Fernruf 572 Mühlenstr. 36-40

**Arbeiter-Artik. Manufakturw.**

**Otto Albers**  
 Markt 4 Kohlmarkt 10  
 Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

**Johann Bülmer** Drogenstr. 12a  
 Ecke Warend. St.  
 Manufakturwaren — Konfektion  
 Bettfedern-Reinigungsanstalt.

**Arbeiter- und Berufskleidg.**

**J. H. Pein**  
 am Markt  
 Herren- und Knaben-Garderobe, Berufs-kleidung, Hüte und Hütchen.

**Bäckereien**

**G. Basse, Engelsgrube 54.**

**Nicolaus Groß** Alfstr. 22.

**P. Johannes** Konditorei  
 Fackenburg-Allee 11

**H. Engelshof** Dankwartsgrube 41  
 Kd. u. Kd., tagl. Ztg. Frische Backw.

**Brot-Fabrik**

**Lübecker Central-Brotfabrik**  
**Rich. Spangenberg**  
 Lindenstr. 20-22. Fernruf 25  
 „Juwelbrot“  
 vollständigste Kraft- u. Nährst.  
 Backwaren jeglicher Art.

**Böttchereien**

**F. Neelsen** Fischergrube 41  
 Telephone 164.  
 Böttcherei mit elektrisch. Betrieb  
 Spez.: Waschkübeln, Becken und Spülbecken.

**Brauereien**

**Trinkt**  
**Adler-Biere**

**H. Lück**  
 Brauerei zur Walkmühle

**Trinkt**  
**Lübecker Vereins-Bräu**

**Trinkt**  
**Kieler Schloßbräu**  
 Vertreter für Lübeck und Umgegend:  
**Fr. Kropf, Brauerei Osbhar**  
 Glockengießerstraße 87.

**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

**Elbschloß-Bier**  
 H. Nupnau Empfehlensw. Lokal  
 Fackenburg-Allee 76

**Cigarrenhdlg.**

**Cigarren, Cigaretten, Tabake, Weine**  
 vis-à-vis dem Stadttheater, Beckergrube 7  
 K. Hoffmann.

**Hermann Kersten**  
 Huxstraße 8.  
 Hamb. Regatta à 5 Pfg., 10 St. 48 Pfg.

**Elisabeth Sühr**  
 Untertrave 20.  
 Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.

**Hermann Wieghorst**  
 Am Markt — — — — — Neben der Post  
 Ecke weit. Krambuden.

**W. Bahrdt, Huxstraße 104.**

**Ludw. Beth, Untertrave 6.**

**Carl Froh, Untertrave 14.**

**H. Möller** Holstenstraße 42

**Carl Hassse** Dankwartsgrube 41.

**E. Palow** Ecke Engelswisch, Albeide.

**Adolf Röhrich** Holstenstr. 2  
 Ecke Schüsselbudd.

**Otto Schlamm, Königstr. 48 b.**

**J. Welterich** Untertrave 87  
 Ecke Beckergrube.

**Blumen u. Kränze**

**Robert Mißling**  
 Breitestr. 55, Ecke Johannisstr.  
 Blumenbinderei u. Pflanzenhandl.

**Herm. Schenk** Fackenburg-Allee 19  
 Handelslager.

**Wiese, Pfaffenstr. 11.**

**Fleisch- und Wurstwaren**

**Ch. Hamann**  
 Schlachthof Markt 7 Kohlmarkt 4  
 Telephone 8223

**Herm. Miljes**  
 Schüsselbuden Nr. 38

**Herm. Spangenberg**  
 Fackenburg-Allee 11  
 Schwartzer-Allee 59

**Kaufhaus Siegfried Ittmann**  
 Breite Str. 33, 1. Etage

**Einzel-Möbel** **Herren-, Damen- u.** **Manufaktur-Waren**  
 sowie kompl. **Kinder-Konfektion** **Wäsche, Teppiche,**  
**Wohng.-Einrichtg.** **Arbeiter-Garderob.** **Kinderwagen etc.**

**Auf Teilzahlung**  
 in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

**Unger & v. Deesen**  
 Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinenhaus Sandstr. 20, I. Etage  
 die billigsten am Platze.

**Spezial-Butter- u. Margarine - Haus**  
**Fr. Warnecke**  
 Breitestr. 1-5.

**Butter und Margarine**

**C. Schepler**  
 Pfaffenstraße 2  
 erstes Spezialhaus für **Butter Eier - Margarine**

**Mart. Wegener**  
 Beckergrube 30  
 Billigstes Einkaufshaus für **Butter - Margarine - Schmalz**  
 Gelbe Rabattmarken.

**Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt**

**J. Brauner, Schneidermeister**  
 Johannesstraße 56  
 Änderung u. Reparaturen billigst.

**Eisenwaren u. Werkzeuge**

**G. Kagel & Co.**  
 Sandstr. 18 Tel. 307

**Rob. Koosmann**  
 Beckergrube 34, Tel. 1210  
 Werkzeuge für sämtliche Gewerbe.  
 Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.

**Franz Genzmer**  
 Fackenburg Allee 10 b  
 Fernsprecher 1031.

**Emil Seidel & Co.**  
 Burgstraße 40, Banbeschläge,  
 Öfen, Herde, Werkzeuge.

**Färberei, Chem. Reinigung**

**Alw. Karstadt**  
 : Annahmestellen :  
 in allen Stadtteilen  
 Telephone 313 - Telephone 313

**Färber**  
**Lehfeldt**  
 Johannesstraße 70  
 reinigt und bügelt  
 Herren- und Damen-Garderobe

**Gesundheits-Brot**  
 Verlangt

**Simonsbrot**  
 Vollkornbrot a. reinem Roggen  
 Nahrungsmittel mit Zuckerkränzen  
 - **Sehrlich empfohlen!** -  
 Erhältlich in 50 Niederlagen.

**Fuhrwesen und Möbeltransport**

**H.F. Meiners**  
 Dankwartsgrube 57/59  
 Möbeltransport und Lagerung  
 Equipagen für jede Gelegenheit  
**Automobile, Taxameter**  
 Tag und Nacht Betrieb  
 Telephone Nr. 800.

**Fahrräder, Nähmaschinen**

**G. Jönson, Fackenburg Allee 32**  
 Fahrräder - Nähmaschinen  
 Reparaturwerkstatt.

**Glas, Porzellan**

**ARNOLD BERG**  
 Breitestr. 35.

**Garten-Sämereien**

**Friedrich Michael**  
 Breitestraße 49

**Gummiwaren**

**Wilh. A. C. Wessel**  
 Breitestraße 58 a  
 Dauerwäsdre — — — — — Wachstum  
 Artikel für Krankenpflege.

**Hauseinrichtung.**

**H. Pagels**  
 Breitestraße 91/93, Huxstraße 6/14.  
 Größte Auswahl in Hausstands-  
 sachen, Öfen, Herde, Gaskocher,  
 Gruden, Wandplatten, Spielwaren.

**Herrenartikel**

**Heinrich Waller** Breite Str. 60.  
 Spez-Geschäft in Handschuhen  
 u. Kravatten, Herren-Wäsche.

**Ernst Wehde**  
 Beckergrube 33  
 Hüte, Mützen.

**Pflanzen-Butter**

**Deffkater-Eigelb-Pflanzenbutter**  
 Edel Margarine  
**„Heimchen“**  
 das Pfund 85 Pfg.  
**Otto H. C. Voigt**  
 Johannisstraße 22

**Korbwaren**

**Karl Schürmerich, Mühlenstr. 28**  
 Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052  
 Spez.: Kinderwagen u. Korbmöbel

**Hüte und Mützen**

**Jos. Tralow, Wahnstr. 11**  
 Inh. Ferd. Kauffeld.  
 Vermietg. v. Cylinder- u. Klapphüt.  
**Ed. Hirsekorn**  
 : Sandstraße 20 :

**Honig**

**Bienenfleisch**  
 Deutscher  
 Naturhonig u. Raffinade  
 Erhältlich in allen  
 Nahrungsmittelgeschäften  
**Karl Häuer & Co. Lübeck**

**Lichtspiele**

**Neues Lichtspiel-Theater**  
 Breitestr. 13 neben Hansa-Café  
 Größtes, am besten ventilirtes  
 u. der Neuzeit entsprechendes  
 Lichtspiel-Etablissement.

**Kolonialwaren u. Kaffeeröst.**

**Fritz Kruse**  
 Inhaber: Paul W. Pöttger  
 Schüsselbuden 32  
**Kaffee**  
 in sämtlichen Preislagen.

**Carl Fr. Timm Nachf.**  
 Glockengießerstr. 16. Teloph. 2114  
 Größtes  
 Geschäft der Lebensmittelbranche.  
 Butter, Konserven, Mühlenfabrikat.  
 Gr. Konsum. Kl. Preise.

**Heinr. Beckmann, Engelsgrube 51.**

**Carl Hering, Aegidienstr. 37.**

**Lederwaren u. Reiseartikel**

**J. H. Busson**  
 Sattler, Sandstr. 8  
 Portemonnaies  
 Lederwaren  
 Brieftaschen  
 Ränzel  
 Schultaschen  
 Rucksäcke

**Reit- und Fahr-Artikel**

**Wilh. Kreutzfeldt**  
 Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel  
 Fischergrube 23

**E. Teuteberg** Untertrave 60. Sohlen-  
 ausschmitt. Schuhmacherart

**W. Chiffard**  
 Schmiedestraße 21  
 Vermietung v. Reisekoffern

**Lederhandlung**

**Johs. Goldt**  
 Dankwartsgrube 60.  
 Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art.

**Heinr. Schlüter**  
 — **Schlehderrauschnitt** —  
 Giantorpstraße 7.

**Möbelfabrik**

**Hintze & Stech**  
 Moislinger Allee 60  
 : Telephone 1106 :  
 Detail-Verkauf in der Fabrik  
 gegen Barzahlung

**Fordern Sie ausdrücklich in allen Kolonial- u. Delikatessengeschäften**  
**„Loretta“**  
 : feinste Pflanzenbutter-Margarine :  
**„Optima“ (Höhenzollern)**  
 feinste Süßrahm-Margarine der Meitmann-Margarine-Fabrik  
 Niederlage: Kl. Reichenstraße 21/23, Hamburg

**Meierei**

  
**HANSA-MEIEREI**  
 Lübeck's Amme  
 Milch u. Milchprodukte  
 in anerkannt bester Qualität

**Möbelmagazin**

**Herm. Rist** Hunde-  
 Str. 13.  
 billigste Bezugsquelle  
 Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

**Mineralwasser u. Spirituosen**

**J. C. Wessel**  
 Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750.

**Verlangen Sie Buntekuh-Kümmel**

**Johs. Fischer**  
 Heinrich Holldorff's Nachfolger,  
 Gr. Burgstraße 17.

**Knip & Bartels**  
 = Kapitelstraße 3 =  
**F. HÖPPNER**  
 Alfstraße 11  
 Teloph. 2135

**Dr. Nickell** Spezialabr. nur alkoholfreier  
 Getränke. Tel. 1070.

**Musikinstrum.**

**Meyer & Eggert**  
 Königstraße 116.

**Louis Rowedder**  
 49 nur Huxstraße 49  
 Piano-Hausmann, Johannisst. 14

**Obst und Gemüse**

**Heinrich Warncke**  
 Königstraße 64  
 Kartoffeln — Obst — Gemüse

**Öfen und Herde**

**F. STEEN**  
 Wahnstraße 58  
 Irdenes Gebrauchsgeschirr

**Photographien**

**Samson & Co.**  
 Breitestraße 39.  
 Erstes Atelier mit  
 - billigen Preisen -  
 Amateur Bedarfsartikel.

**Restaurants**

**Restaur. Zum Goldenen Fass**  
 und Central-Herberge  
 C. Schroeder, Lederstraße 3.  
**Robert Mühr** Restaurant  
 Moislinger Allee 57 a

**Spezial-Betten-Geschäft**  
 Pauline Karstadt  
**Carl Karstadt's Ww.**  
 Holstenstraße 18  
 Erstes Spezialhaus am Platze.